

SOUVERÄN

Demografische
Risiken

**Alles nur
herbeigeredet?**



Christenverfolgung
**Die alltägliche
Tragödie**

„Übernachten, wo die Parteispitze tagt“

Seehotel Zeuthen ****

Genießen Sie Ihren Berlinbesuch mit Frühstück am See

Am Stadtrand Berlins, inmitten einer Seenlandschaft, umsäumt von saftigem Grün, liegt das Seehotel Zeuthen. Ihr Erholungs- und Tagungshotel mit Wohlfühlfaktor von A-Z.

Wohlfühlen kann so einfach sein! Sprechen Sie uns an, **033762 - 89 0**.

- 142 Zimmer / Suiten
- 13 Tagungs- und Seminarräume
- WLAN kostenfrei
- Restaurant mit Wintergarten
- Barschiff „MS Pannonia“
- Sauna & Fitness
- Massage & Kosmetikstudio
- Tret- u. Ruderbootverleih
- Fahrradverleih
- Strand mit Sonnenliegen
- Jubiläen
- Firmenfeiern
- Sonntagsbrunch
- kostenfreie Parkplätze

1 Übernachtung im Doppelzimmer
inkl. Frühstück & 1 Kaffeestunde*
(* 2 Stück Kuchen & Sahne, dazu Kaffee oder Tee „satt“)

zum Preis von
(auf Anfrage,
nach Verfügbarkeit)

117,- €

Stichwort: Souverän

Ein paar Ausflugstipps?

Ob allein, zu zweit oder mit der Gruppe, hier finden Sie Ideen und Tipps für Ihre Reise ins Seehotel Zeuthen.

- in unmittelbarer Nähe, das Schloss Königs Wusterhausen
- erleben Sie Berlin bei Tag und Nacht
- genießen Sie einen Ausflug zum Schloss Sanssouci
- erkunden Sie den wunderschönen Spreewald
- und vieles mehr ...

Fragen Sie für weitere Tipps unser freundliches Rezeptionsteam!

Kostenfreier Shuttleservice zum S-Bahnhof Zeuthen!



*Siehe auch die Danksagung
die Sie bereits diesem und anderen*



Seit den Tagen des totalen Zusammenbruchs vor nunmehr 70 Jahren und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 bis heute hat die CDU wie keine andere Partei unser Land und auch meinen persönlichen Lebensweg geprägt. Warum konnte gerade sie so erfolgreich werden?

Die CDU war 1945 eine revolutionäre Neuheit. In anderen Parteien, die schon vor dem Nationalsozialismus in der Weimarer Republik und vor und während der Kaiserzeit eine Rolle spielten, war die soziale Stellung ihrer Mitglieder im wesentlichen spezifisches Merkmal für ihre Parteizugehörigkeit. Die Mitglieder der CDU einte etwas ganz anderes.

Bei aller Verschiedenheit der Motive, dieser neuen Partei CDU beizutreten, waren die christlichen Positionen das einigende Band, das ihre Programmatik bestimmte. Der wahrhaft revolutionäre Charakter der CDU bestand in der Anziehungskraft für alle sozialen Schichten des Volkes. Sie wollte als Volkspartei ihr Handeln den christlichen Wertevorstellungen unterordnen.

Menschen jeden Geschlechts und jeder Berufsgruppe, Junge und Alte jeglicher Konfession einigten sich auf ein gemeinsames politisches Programm. Die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewonnenen Erfahrungen führten sie zu der Erkenntnis, dass Christen zusammenrücken müssen, um die fürchterlichen Kriegsfolgen zu beseitigen, mehr noch, niemals mehr dürfe in Deutschland ein totalitäres Regime die Politik bestimmen und insbesondere Christen seien aufgerufen, sich überall im öffentlichen Leben einzubringen und ihre Pflicht zu tun. Diesem Auftrag ist die CDU im Ergebnis bis heute im Wesentlichen erfolgreich nachgekommen. Gelingt uns das auch für die Zukunft?

Es gelingt wohl nicht, wenn wir stets Applaus für unsere Entscheidungen erwarten und Populismus unser Handeln bestimmt. In der Politik brauchen wir selbständige Denker, die ihre Politik einer Verantwortung unterstellen, die den Zeitgeist kritisch auf Distanz hält und die erkennen lässt, dass die Schule der Nation nicht ihre einzige Schule gewesen ist. Veränderung, Reform, Revolution sind Begriffe, mit denen sich viele in unserer Gesellschaft schmücken, allerdings unter der unausgesprochenen Voraussetzung, dass sich andere zu verändern haben. Gewiss, Veränderung ist nötig, aber nicht als alleinige Antwort auf zeitlich modische Forderungen. Was wir als Veränderung brauchen ist die Erkenntnis, dass der Aussteiger derjenige ist, der nur an sich denkt, an seine eigene Selbstverwirklichung. Wir brauchen Einsteiger in unserer Gesellschaft, vor allem in den Staat, die die bürgerlichen Maßstäbe in unserem Land – wenn es nötig ist – immer wieder zurechtrücken. Dazu fordert die CDU auch heute noch einen jeden auf. Sie braucht Partner für den gemeinsamen Erfolg, im Kleinen wie im Großen.

Genau das hat Konrad Adenauer früh erkannt. Deutschlands Position konnte nur in enger Partnerschaft mit den westeuropäischen Nationen, insbesondere Frankreich, verbessert werden. Montan-Union, Euratom, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – allesamt von der CDU gegen damalige heftige Opposition durchgesetzt – waren die ersten entscheidenden Schritte, die die Menschen Europas einander näher brachten und die zu vielen neuen Begegnungen und Freundschaften führten. Beseitigung der Visumpflicht, Öffnung der Grenzen, Partnerschaften und Ju-

gendaustausch waren Meilensteine auf dem Weg zum kontinentalen Einigungsprozess.

Die CDU hat sich in ihrer Funktion als Volkspartei immer auch gleichzeitig und unveränderlich als Europapartei verstanden. In ihrer ganzen Geschichte gab es keine auch nur annähernd ernstzunehmende Stimme gegen die europäische Einigungspolitik. Diese frühzeitige Ausrichtung kam Deutschland insbesondere zugute als die Frage der Wiedervereinigung anstand. Das aufgebaute europäische Vertrauen war Fundament für die Zustimmung aller Europäer und Überseepartner zur Einheit in Freiheit unseres Vaterlands.

Wenn ich aus meiner sehr persönlichen Sicht die historisch bedeutsamsten Entscheidungen seit 1945, wie die Verankerung Deutschlands in einem Vereinten Europa, die Sicherung des Friedens im Nordatlantischen Bündnis, den Nachrüstungsbeschluss zur Abwehr der sowjetischen Raketenbedrohung, die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft unter dem Aspekt der politischen Verantwortung der CDU und ihrer praktischen Politik betrachte, so darf eine der größten moralischen Leistungen deutscher Politik nicht unerwähnt bleiben, die uns nach den unvorstellbaren Verbrechen an fremden Völkern wieder zu Ansehen in der Welt verholfen hat. Von der Missbilligung einiger unverbesserlicher Strolche und Ewiggestriger einmal abgesehen, wurde die deutsche Politik in dem Wunsch nach Aussöhnung mit Israel, mit Polen, mit allen anderen Völkern, denen großes Leid durch deutsche Schuld zugefügt wurde, von der breiten Zustimmung der Deutschen begleitet.

Die Verpflichtung aus der Geschichte unseres Landes heißt Schutz eines jeden Menschen in der Unverletzbarkeit seiner Würde und seiner Freiheit. Sie muss oberste Maxime deutscher Politik sein und bleiben, wollen wir nicht alles an Reputation und Anstand erneut aufs Spiel setzen. Die Union muss sich dieser Grundpositionen angesichts aller gegenwärtiger Herausforderungen außenpolitischer, demographischer, ökonomischer und ökologischer Art stets bewusst sein.

Und schließlich sollte uns allen in der CDU auch künftig ein gut Stück Gottvertrauen begleiten. Vielleicht liegt sein temporäres Fehlen daran, dass wir zu träge geworden sind und durch Griesgram, Sauertöpfigkeit und stieselige Langeweile den frohen Mut verloren haben, der das Leben so lebenswert macht und politisches Gestalten wesentlich vereinfachen könnte. Aber das können wir ja Gott sei Dank ändern, jeder auf seine Art und gewiss durch ein freundliches Lächeln.

Herzlichen Glückwunsch CDU zum 70sten, hoch sollst Du leben!

*Mit freundlichen Grüßen
Oto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Titelthema:

Demografische Risiken: Alles nur herbeigeredet?

Geburtstagsgrüße

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union hat dem beliebten US-Schauspieler und renommierten Regisseur und Produzenten Clint Eastwood zum 85. Geburtstag (31. Mai 2015) gratuliert. Die beiden sind seit einigen Jahren befreundet, sodass Wulff die Glückwünsche mit der Bitte eines Besuches bei der Senioren-Union verband, sobald Eastwood wieder einmal in Deutschland ist. Als wortkarger Western- und Actionheld avancierte dieser ab den 1960er Jahren zu einem Weltstar.

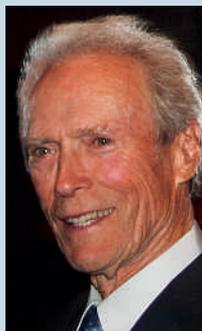


Foto: Wikipedia

Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Prof. Dr. Gerd Bosbach,
Ute Granold, Leonhard Kuckart,
Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke,
Prof. Dr. Thomas Mann,
Dr. Götz Ruprecht, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

Dirk Reitze, Ulrich Winz, fotolia

Titelfoto: fotolia

6 „Wir brauchen viel Geduld“

Ein Interview zur Lösung des Ukraine-Konflikts mit Gernot Erler, dem Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

8 Europaarmee – sparsamer und effektiver? Elmar Brok, MdEP, zu einer gemeinsamen Armee als Lösung für eine künftige europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

10 Diskriminierung, Verfolgung und Tod ... und wo stehen wir? Ute Granold, Gründerin des Stephanuskreises, zur Christenverfolgung in vielen Ländern dieser Erde.

12 Dialog auf Augenhöhe? Jens Spahn, Präsidiumsmitglied der CDU, zum aktuell schwierigen Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

13 Heimat für alle
Ein Beitrag zur Flüchtlingsproblematik von Leonhard Kuckart, dem stv. Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden NRW der Senioren-Union.

14 Ein Mann der ersten Stunde
Zum 70-jährigen Jubiläum der CDU sprach Souverän mit Günter-Helge Strickstrack, der 1950 in Goslar die Bundes-CDU mitbegründete.

16 Vier Einwände gegen die Schwarzmalerei Professor Gerd Bosbach über die erstaunliche Karriere einer statistischen Entwicklung namens Demografie.

18 Herrschaft der Alten?

Wie beeinflusst eine alternde Bevölkerung Wohlstand, Innovationen und ökonomisches Wachstum? Ein Interview mit Prof. D. Alfonso Sousa-Poza.

**19 Leserumfrage:
Was denken Sie über Souverän?**

24 Ab zum alten Eisen?
Prof. Dr. Thomas Mann zum aktuellen juristischen Diskussionsstand über Altersdiskriminierung in Deutschland.

26 Untätigkeit der Politik ist ein großes Rätsel
Ein Interview mit Prof. Dr. Herwig Birg, Bevölkerungswissenschaftler an der Uni Bielefeld, zu den fünf demografischen Plagen.

28 Aus der Senioren-Union

30 Nachrichten aus der Europäischen Senioren Union

34 Leserbrief

36 Energiepolitik mit weniger Scheuklappen?
Ein Plädoyer für eine Energiewende, die alle energietechnischen Optionen ergebnisoffen überprüft (Fortsetzung aus Heft 1-2015).

39 9. RHI-Salonstreitgespräch / Senioren-Union auf dem 11. Deutschen Seniorentag in Frankfurt

ADENAUER – DER BÜRGERLICHE REVOLUTIONÄR

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

Über die demokratischen Neuanfänge vor 70 Jahren,
die frühen Jahre der Bundesrepublik und ihren politischen Gestalter

MIT BEITRÄGEN U. A. VON

**ANGELA MERKEL, LIBET WERHAHN-ADENAUER, JÜRGEN RÜTTGERS,
KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ, RUPERT NEUDECK, BERNHARD VOGEL,
RUDOLF MORSEY, BERTHOLD LEIBINGER, THOMAS SCHMID, HORST MÖLLER,
HANS-GERT PÖTTERING**



ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER MAIL
ODER PER POST *

Der Neubeginn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete einen revolutionären Einschnitt in der deutschen Geschichte, und die Veränderungen, die er mit sich brachte, waren so tiefgreifend, dass sie Deutschland und Europa bis heute prägen. Dabei gab die von Konrad Adenauer bestimmte Politik den Deutschen wieder Kraft und Hoffnung. Sie vermochte die Menschen „mitzunehmen“.

Juni 2015
5 Euro

* Bestellung per Mail: cornelia.wurm@kas.de

Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

„Wir brauchen **viel** Geduld“

Gernot Erler MdB (SPD), Staatsminister a. D. und Koordinator für die zwischen-gesellschaftliche Zusammen-arbeit mit Russland, Zentral-asien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, im Gespräch mit Souverän.

Souverän: Herr Erler, Sie sind seit 1987 Mitglied des Bundestages, haben also die politische Entwicklung der deutsch-sowjetisch-russischen Beziehungen persönlich miterleben können. Noch 2001 sprach Wladimir Putin unter großem Beifall im Bundestag. Ab welchem Punkt verschlechterten sich die Beziehungen und wie würden Sie den aktuellen Stand dieser Beziehungen beschreiben?

Erler: Größere Probleme zwischen Russland und dem Westen entstanden bereits im Kontext der Duma- und Präsidentenwahlen 2011/2012, bei denen Putin zurückkehrte als Kremlchef, danach aber massiv gegen die Opposition vorging und sie kriminalisierte. Das bildete auch den Hintergrund für die harte westliche Kritik an den Olympischen Spielen von Sotschi im Winter 2014, die wiederum in Moskau starke Frustrationen auslöste. Aber seit März 2014 mit der Annexion der Krim hat sich aus der Ukraine-Krise tatsächlich der ernsthafteste Konflikt zwischen dem Westen und der Russischen Föderation seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt.



Foto: www.spdfraktion.de

Putin warnt seit der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahre 2007 den Westen vor außenpolitischen Alleingängen und der weiteren Ausdehnung der NATO. Von daher ist die Reaktion Russlands auf das Handeln des Westens im Fall der Ukraine doch eigentlich keine Überraschung ...?

Richtig ist, dass die russische Ablehnung der NATO-Osterweiterung seit langem bekannt ist. Die westliche Ukraine-Politik zielt allerdings weder auf einen Beitritt von Kiew in die EU noch in die NATO ab. Die NATO-Gipfel von 2008 und 2014 haben den ukrainischen Beitrittswünschen nicht entsprochen. Und das Assoziierungsabkommen der EU führt die Ukraine zwar an die EU heran, gilt aber eigentlich als Alter-

native oder Ersatz für eine Beitrittsperspektive. Im Übrigen wurde das Assoziierungsabkommen mit der EU zwischen 2010 und 2012 mit dem prorussischen ukrainischen Präsidenten Janukowytsh ausgehandelt, der erst in allerletzter Minute von Moskau dazu bewegt werden konnte, dieses Abkommen im November 2013 nicht zu unterzeichnen. Die Fakten können Russlands harte Reaktionen also nicht erklären. In Moskau gilt aber die Sichtweise, die EU sei nur ein Handlanger amerikanischer geopolitischer Interessen, die auf eine Reduzierung des russischen politischen Einflusses generell und speziell in der Ukraine ausgerichtet seien.

Welchen Stellenwert haben bilaterale Beziehungen, wie die zwischen Russland und Deutschland, im Verhältnis der Gemengelage EU-NATO-Russland? Können wir als „Moderator“ zwischen Russland und den westlichen Bündnissen fungieren und zur verbalen Abrüstung beitragen?

Von allen 28 EU-Staaten hat sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland am intensivsten entwickelt. Das gilt für die Wirtschaft mit einem Handelsvolumen von 76 Milliarden Euro (2013) und 350 000 durch den Russlandhandel begründeten Arbeitsplätzen, das gilt für die Energieversorgung, bei der sich Deutschland beim Gas zu 39, beim Öl zu 36 Prozent auf russische Lieferungen verlässt, und auch für die Gesellschaft, mit 100 Städtepartnerschaften, 800 Hochschulpartnerschaften und einem jährlich mit neuen Programmen intensi-



vierten Kulturaustausch. Vor diesem Hintergrund war es keine Überraschung, dass alle auf Deutschland blickten, als es darum ging, aus der EU heraus Verantwortung für die Suche nach einem politischen Ausweg aus der Krise zu übernehmen.

Die Gesprächsfäden auf vielen offiziellen Ebenen sind durchtrennt (worden). Wo gibt es noch Kontakte und über welche Themen kann/muss man wieder mit Russland ins Gespräch kommen (beispielsweise über die Projektreihe „Gemeinsam die Zukunft gestalten, die seit Sommer 2014 läuft und Projekte aus Kultur, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik umfasst)?

In Wirklichkeit haben wir einen Substitutionsprozess erlebt: Statt Konsultationen mit Moskau im Rahmen der EU-Russland-Gipfel, der Deutsch-Russischen Regierungskonsultationen, des NATO-Russland-Rates, der G 8 haben wir eine intensive Telefondiplomatie, die zahlreichen Treffen der Regierungschefs im „Normandie-Format“ (Russland, Ukraine, Frankreich, Deutschland), die häufigen Zusammentreffen der Außenminister dieser vier Länder, die Kontaktgruppe-Treffen im Rahmen der OSZE. In Wirklichkeit ist also der Gesprächsfaden nie unterbrochen worden, er hat sich aber verlagert. Und im Kulturbereich bemühen sich beide Seiten, die vereinbarten Programme weiter durchzuführen und die Einschränkungen in Grenzen zu halten.

Wie können Sie persönlich konstruktiv in Ihrer Funktion und mit Ihrer Erfahrung in diesen Prozess eingreifen? Die Gefahr, politisch und medial als „Russlandverstehler“ diskreditiert zu werden, ist ja durchaus real.

Meine Aufgabe ist es, mich um die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Kontakte mit Russland und mit den anderen postsowjetischen Staaten zu kümmern. Das ist nicht einfach. In Russland steht im Umfeld nationalistischer Emotionen die gesamte kritische Zivilgesellschaft unter Druck. Wer sich nicht ausdrücklich zur Ukrainepolitik des Kreml bekennt, wird schnell als „National-Verräter“ und Mitglied einer „5. Kolonne“ ausgegrenzt. Um diese Partner müssen wir uns gerade jetzt besonders kümmern. Das versuche ich.

Die Spirale der Drohgebärden, Sanktionen und Schaffung von Fakten ist



beunruhigend und ein Ende nicht absehbar. Wie kann die Spirale gestoppt werden?

Es gibt einen Fahrplan zu einer politischen Lösung der Krise, vorgegeben durch das Maßnahmen-Paket von Minsk. Nur wenn es gelingt, alle 13 Punkte dieses Pakets auch nachprüfbar umzusetzen, kann wieder Vertrauen dazu entstehen, dass ein Rückfall in eine militärische Auseinandersetzung nicht mehr zu befürchten ist. Deswegen ist Minsk so wichtig und deswegen konzentrieren sich unsere Anstrengungen auf eine Umsetzung von Minsk.

Wie sinnvoll ist aus Ihrer Sicht eine Fortsetzung oder gar Verstärkung der Sanktionen?

Verabredet wurde innerhalb der EU, die Fortsetzung der Sanktionen von der Umsetzung des Minsk-Pakets abhängig zu machen. Das macht Sinn, denn es gibt keinen Selbstzweck der Sanktionen, die nur Druck auf Moskau ausüben sollen, sich konstruktiv um eine politische Lösung des Konflikts zu bemühen. Sollte eine solche politische Lösung an der russischen Seite scheitern, wäre auch eine Erweiterung der Sanktionen denkbar. Aber das wünscht sich wirklich niemand.

Kann eine föderalistische Lösung für die Ukraine den Konflikt entschärfen?

Eine Dezentralisierung und ein Sonderstatus der Gebiete von Donezk und Luhansk gehören zu dem Minsker Maßnahmenpaket. In Kiew macht man eine genaue Unterscheidung zwischen Dezentralisierung und Föderalisierung – Letztere wird aus Furcht vor einem Auseinanderfallen der Ukraine strikt abgelehnt.

Wie beurteilen Sie die Einschätzung, dass man in Europa nur Politik MIT

Russland machen kann, niemals OHNE und schon gar nicht GEGEN Russland?

„Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen“ – so heißt es im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, und diese Feststellung bleibt gültig. Putins Politik hat die Europäische Friedensordnung in erheblicher Weise verletzt. Aber eine dauerhafte Ausgrenzung und Isolierung behebt diesen Schaden nicht. Es ist im deutschen und europäischen Interesse, zu partnerschaftlichen Verhältnissen mit Russland zurückzukehren. Das kann ein Prozess sein, der Jahre dauert. Wir brauchen dazu eine gemeinsame EU-Politik. Und viel Geduld.

Wie stark ist das Fundament der russischen Position, also die Handlungsfähigkeit von Präsident Putin? Gibt es in Russland denn keine „Deutschland-Verstehler“ bzw. „Europa-Verstehler“, die auch mahnend und mäßigend in der russischen Politik wirken könnten?

Putins Zustimmungsraten bleiben anhaltend hoch. Aus russischer Sicht erhebt er das Land „von den Knien“ und knickt nicht gegenüber dem Westen ein. Das ist populär. Parallel dazu läuft eine Debatte über die künftige Ausrichtung Russlands: Soll man sich gänzlich China und Asien zuwenden oder braucht man für eine dringend erforderliche Modernisierung des Landes den Westen als Partner? Es gibt durchaus auch im politischen Establishment Mahner, die vor einem einseitigen „Pivot to Asia“ warnen. Der Ausgang dieser Debatte bleibt aber offen. ■



Sicherheitspolitik:

Europaarmee – sparsamer und effektiver?

Ist eine gemeinsame Armee die zukünftige Lösung für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik? „Souverän“ fragte den Europaabgeordneten Elmar Brok, CDU, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments.

„Souverän“:

In der Diskussion u.a. um die Ukraine-Krise wird der Ruf nach gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik immer lauter. Ist eine gemeinsame Armee ein Beitrag dazu?

Brok:

Eine gemeinsame Armee ist das Ziel der Maßnahmen zur gemeinsamen EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Eine glaubwürdige Verteidigungspolitik hängt jedoch von wirksamen Verteidigungskapazitäten ab. Daher ist eine europäische Armee auf Dauer unverzichtbar. Gerade an der Ukraine-Krise wird deutlich, dass wir als Mitgliedstaaten eine gemeinsame Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen brauchen. Insofern ist es von besonderer Bedeutung, dass wir enger zusammenar-

beiten, um unsere gemeinsamen Interessen effektiver zu vertreten und um unsere Sicherheit zu garantieren.

Wie würde sich eine „Europaarmee“ mit dem Prinzip und dem System der NATO vertragen?

Eine kollektive Sicherheit kann nur durch die NATO gewährleistet werden. Der Schulterchluss mit unseren engsten Verbündeten, wie innerhalb der NATO, sollte weiterhin fester Bestandteil unserer gemeinsamen Außenpolitik bleiben. Eine Europäische Armee sollte hierzu komplementär sein. Die Einführung einer europäischen Armee würde die Effektivität der Armeen der Mitgliedstaaten verbessern, sodass wir unseren Verbündeten auch weiterhin zur Seite stehen können.



Europaabgeordneter Elmar Brok, CDU

Schon heute sind Europäer an vielen Stellen der Erde gemeinsam im Friedenseinsatz. Setzt eine europäische Armee eine politische Union voraus?

Natürlich setzt eine gemeinsame europäische Armee auch eine engere politische Zusammenarbeit voraus. Wie das von Ihnen genannte Beispiel der Friedenseinsätze unterstreicht, ist eine politische Union jedoch keinesfalls Vorbedingung. Nun gilt es, die noch nicht ausgeschöpften Möglichkeiten des Lissaboner Vertrags wie die ständige strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) und die battle groups voll anzuwenden und es willigen Mitgliedstaaten vertraglich zu ermöglichen, ihre Kooperation zu vertiefen. Die gemeinsame Beschaffung und die strukturierte Kooperation sind nur wenige der im Vertrag vorgesehenen Instrumente, die bislang ungenutzt blieben.

Die parlamentarische Beteiligung bei Entscheidungen über den Einsatz der Bundeswehr wird manchmal als Nachteil empfunden. Muss dieser Parlamentsvorbehalt entfallen, wenn es zu einer gemeinsamen Armee kommt?

Parlamentarische Kontrolle über die Streitkräfte ist eines der Grundprinzipien einer Demokratie, das auch für eine Europäische Armee gelten muss. Wie auch die nationalen Parlamente wird das Europäische Parla-

ment als direkt gewählte Instanz eine parlamentarische Kontrolle über die europäische Armee ausüben müssen. So weit sind wir aber noch nicht. Deshalb geht es heute nicht ohne die nationalen Parlamente.

Das deutsch-niederländische Korps, die deutsch-französische Brigade, die enge Kooperation mit der polnischen Armee, die schnellen Krisenreaktionsverbände der EU, könnten das Bausteine gemeinsamer Streitkräfte sein?

Eine Europäische Armee ist die logische Fortsetzung der Politik von „Pooling und Sharing“ zwischen europäischen Streitkräften über die letzten Jahrzehnte. Da ist es nur natürlich, dass die während dieser Zusammenarbeit gesammelte Erfahrung auch in das Projekt mit einfließt.

Ebene bereits vorhanden. Zum Beispiel könnte die europäische Verteidigungsagentur ein Beschaffungsamt für alle werden. Dann würde es ein Desaster wie beim Transportflugzeug A400 M nicht mehr geben, bei dem acht Nationen jeweils Sonderwünsche umsetzen wollten und damit das Projekt verteuerten sowie in die Länge gezogen haben. Viel Geld könnte auch gespart werden, wenn die Nationen die Aufgaben von Marine, Heer und Luftwaffe untereinander verteilen und das Beschaffungswesen zusammenführen würden.

1954 scheiterte der erste Versuch einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) an der Frage, wie weit Souveränitätsrechte beteiligter Staaten aufgegeben werden müssten. Wäre dies heute anders?

Wir können im Jahr 2015 mit Stolz auf über 60 Jahre europäische Integration zurückblicken, in denen Staaten und Völker



Sehen Sie Synergieeffekte bei der Schaffung länderübergreifender Streitkräfte, z.B. bei Beschaffung und Entwicklung militärischen Geräts?

Fakt ist: Die EU-Mitgliedstaaten geben heute für Verteidigung 186 Mrd. Euro aus. Das ist drei Mal mehr als die Ausgaben Russlands. Gleichzeitig haben wir doppelt so viele Soldaten wie die USA – mit einer weitaus geringeren Effizienz. EU-Staaten geben bis zu 70 Prozent des Verteidigungsetats für Organisation aus. Solche Zahlen wären im Privatsektor undenkbar. Dabei sind Strukturen auf europäischer

sich kennen und vertrauen gelernt haben. Die globale geopolitische Lage ist ebenfalls eine andere und mit der Situation neun Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu vergleichen. Ich bin optimistisch, dass das Projekt einer Europäischen Armee in allen Mitgliedstaaten die nötige Unterstützung finden wird. ■

Die Fragen stellte **Claus Bernhold**, Oberstleutnant a.D. und Pressesprecher des Bundesvorstandes der Senioren-Union.

Diskriminierung, Verfolgung und Tod ... – und wo stehen wir?

Mit ca. 2,1 Milliarden Menschen sind die Christen die größte Religionsgemeinschaft auf der Welt, werden aber auch am meisten bedrängt und verfolgt. Mehr als 100 Millionen Christen sind hiervon betroffen.



Open Doors, im Dienst der verfolgten Christen weltweit unterwegs, veröffentlicht jedes Jahr den Weltverfolgungsindex und listet die 50 Länder auf, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. 40 dieser 50 Länder haben muslimische Regierungen und sind vom Islam geprägt. Als Hauptantriebskraft der zunehmenden Christenverfolgung gilt der islamische Extremismus, der weltweit und auch in der westlichen Gesellschaft immer deutlicher hervortritt.

Unser Grundgesetz garantiert in Artikel 4 die **Religionsfreiheit**. Sie umfasst das Recht, eine Religion zu haben und diese zu bekennen, nach seiner religiösen Überzeugung zu leben, seine Religion zu wechseln und sich zu Religionsgemeinschaften zusammenzuschließen. Geschützt ist aber auch das Recht, keinen Glauben zu haben.

Die Religionsfreiheit als ein elementares Menschenrecht gilt es universell zu schützen und zu verteidigen. Es ist daher Aufgabe einer wertebundenen deutschen Politik, sich uneingeschränkt für die Religionsfreiheit einzusetzen. Dies ist auch entsprechend im aktuellen Koalitionsvertrag verankert, wo es u.a. heißt: „... die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. In vielen Ländern der Welt werden besonders Christen wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben. Religionskonflikte vermischen sich oftmals mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen.“

In Verfassungen und Gesetzen vieler Länder wird zwar die Religionsfreiheit formal garantiert, ein Blick in die Realität zeigt jedoch, dass Diskriminierung und offene Gewalt stattfinden, ohne dass dort von Seiten des Staates eingeschritten wird.

Bei uns in Deutschland genießt jeder Religionsfreiheit – individuell und kollektiv. Es gibt bei uns Kirchen, Synagogen, Moscheen, Gebetshäuser etc. Deshalb erwarten und fordern wir auch, dass Christen in

anderen Ländern dieser Welt – so z.B. in der Türkei – Kirchen bauen und ihren Glauben leben dürfen – genau so, wie Muslime sich in Deutschland in Moscheen treffen und beten können.

Erzbischof Timotheos Samuel Aktas, Metropolit der syrisch-orthodoxen Kirche, verteidigt seit Jahren in der **Türkei** – im Tur Abdin – Mor Gabriel, eines der ältesten Klöster der Welt, gelegen im Länderdreieck Türkei, Syrien und Irak. Die meisten Christen wurden vertrieben, kaum mehr als 1000 Christen sind noch dort. „Die letzte christliche Bastion darf nicht fallen“, dafür setzt sich die Union, allen voran ihr Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Herr Volker Kauder, seit Jahren mit Nachdruck ein.

Aus dem einst hoffnungsvollen arabischen Frühling wurde für die Christen ein bitterkalter Winter.

Die Situation der derzeit noch etwa 10 Millionen Kopten in **Ägypten** hat sich unter dem heutigen Präsidenten al-Sisi, der sich zunehmend islamisch gibt, keineswegs verbessert. Im **Irak** schreitet der Exodus der Christen massiv voran. In Mossul, einst Hochburg der Christen, läuten erstmals seit 2000 Jahren keine Kirchenglocken mehr. Das Schicksal der irakischen Christen, Angehörige der chaldäischen Kirche, einer urchristlichen Glaubensgemeinschaft, wurde von den Dschihadisten mit dem arabischen Schriftzeichen „N“ besiegelt. Groß und in scharlachroter Farbe malten es Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat an Wohnhäuser. Der Buchstabe weist auf „Nasara“ – Nazarener – hin. So nennen die IS-Dschihadisten Christen. Das Stigma auf den Häusern ist eine Warnung: „Verlasst Mossul, konvertiert zum Islam oder zahlt Schutzsteuern.“ Wer sich nicht beugt, muss mit dem Tod rechnen. Mehr als 300 000 Christen flohen Ende letzten Jahres in einem Massensexodus aus Mossul in die kurdischen Gebiete des Nordiraks. Aber auch dort sind sie nicht sicher. Die Flucht ins Ausland ist ungebrochen.

Die chaldäische Kirche geht auf die ersten christlichen Gemeinden zurück, die vor fast 2000 Jahren in Mesopotamien, dem heutigen Irak, entstanden. Nach Jahren der Isolierung unterstellte sie sich im 17. Jahrhundert dem Papst und wurde Teil der römisch-katholischen Kirche.

Vor 2003 lebten noch rd. 1,2 Millionen Christen im Irak, aktuell sind es kaum mehr als 280 000. Der Patriarch der chaldäisch-katholischen Kirche, Louis Raphael I. Sako, spricht von einer menschlichen, kulturellen und historischen Katastrophe.

Auch in **Syrien** steht es schlecht um die Christen. Das Leid der Menschen ist nicht mehr in Worte zu fassen. Christliche Gebiete wie z.B. die Enklave in Maalula nahe Damaskus mit ihren historischen Klöstern und Kirchen wurden und werden heftig umkämpft und belagert, ganze Dörfer dem Erdboden gleich gemacht, Frauen und Kinder verschleppt, andere umgebracht.

Auch in anderen Regionen dieser Welt – sei es im **Sudan**, in **Somalia**, **Eritrea** und **Nigeria**, aber auch in **Afghanistan**, **Pakistan** und **Indien** – ist die Lage der Christen ausgesprochen schwierig.

Als Christen in Deutschland und in Europa haben wir die Verpflichtung, unseren Glaubensschwestern und Glaubensbrüdern beizustehen. Sie bedürfen unseres Zuspruches, unserer Hilfe und unserer Gebete. Es geht dabei auch um die Verteidigung der Menschenrechte.

Seit vielen Jahren befasst sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Thema Religionsfreiheit und insbesondere mit der Situation der Christen und hat bereits zahlreiche Parlamentsinitiativen auf den Weg gebracht.

Als frühere Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe habe ich im Frühjahr 2010 innerhalb der Unions-Bundestagsfraktion den **Stephanuskreis** in Anlehnung an den ersten christlichen Märtyrer gegründet und die Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Arbeit gestellt. Dabei widmet sich der Stephanuskreis im Wesentlichen den verfolgten Christen in aller Welt und bietet ein überkonfessionelles Gesprächsforum. Dem Kreis gehören inzwischen nahezu 80 Parlamentarier der Unionsfraktion an. Er steht im regelmäßigen Kontakt zu den Kirchen,

christlichen Hilfswerken und nationalen sowie internationalen NGOs.

Auf Anregung unseres Fraktionsvorsitzenden **Volker Kauder** und auf Vorschlag unseres Generalsekretärs **Dr. Peter Tauber** wurde in der Union jetzt auf Bundesebene eine **Arbeitsgruppe** zum Thema „**Christenverfolgung**“ unter meiner Leitung eingesetzt. Diese Arbeitsgruppe ist eingebunden in den Bundesfachausschuss Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.

Es ist uns ein großes Anliegen, die CDU-Landesverbände in unsere Arbeit einzubinden, um dem Thema auch vor Ort das entsprechende Gewicht beizumessen, von wo es dann in die nachfolgenden Parteilgliederungen weitergetragen werden soll. Die Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerinnen wurden inzwischen benannt, wofür wir sehr dankbar sind.

Wir wollen vorhandene Strukturen nutzen und darüber hinaus ein Netzwerk installieren, das sich der Situation der bedrängten und verfolgten Christen annimmt. Wir wollen Öffentlichkeit schaffen und mit Kirchenvertretern, NGOs und Fachreferenten diskutieren und beraten, was getan werden kann.

Wir wollen für Interessierte Informationsmaterial erstellen und uns auch mit betroffenen Christen, die inzwischen aus den verschiedensten Ländern nach Deutschland geflüchtet sind und jetzt mitten unter uns leben, austauschen und ihre Meinung hören. Veranstaltungen jeweils vor Ort sollen dabei ebenfalls auf der Tagesordnung stehen.

Wir sind dankbar für jeden Einzelnen, der sich für das Thema interessiert und engagiert. ■

Christenverfolgung – wo sie am schlimmsten ist

1. Nordkorea
2. Somalia
3. Irak
4. Syrien
5. Afghanistan
6. Sudan
7. Iran
8. Pakistan
9. Eritrea
10. Nigeria
11. Malediven
12. Saudi-Arabien
13. Libyen
14. Jemen
15. Usbekistan
16. Vietnam
17. Zentralafrikanische Republik
18. Katar
19. Kenia
20. Turkmenistan
21. Indien
22. Äthiopien
23. Ägypten
24. Dschibuti
25. Myanmar (Burma)
26. Palästinensergebiete
27. Brunei
28. Laos
29. China
30. Jordanien

<http://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2015/weltverfolgungsindex2015/>

Die Autorin:

Rechtsanwältin **Ute Granold** war von 2002 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort zuletzt Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Sie ist Gründerin des Stephanuskreises in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der AG Christenverfolgung des Bundesfachausschusses.



Dialog auf Augenhöhe?

Jörg Klaus / Team Spahn



Der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen ist derzeit von gegenseitigem Misstrauen und einer bedenklichen Sprachlosigkeit geprägt. Wie ist das zu ändern? Ein Beitrag von Jens Spahn, MdB und Präsidiumsmitglied der CDU.

„Der Islam gehört mittlerweile auch zu Deutschland.“ Dieser Satz ist erstmal selbstverständlich, weil die über vier Millionen Muslime, die in Deutschland leben, hier geboren wurden, ihre Kinder großziehen, arbeiten, Unternehmen gründen, Steuern zahlen und sich einbringen, auch mit ihrem Glauben zu uns gehören. Das ist schlichtweg Realität.

Schwieriger wird es, wenn es um die Frage geht, welcher Islam zu uns gehört. Denn „den Islam“ gibt es nicht. Weder ein extremistischer Islam noch einer, der die Gleichberechtigung der Frau ablehnt, kann Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein.

Passt eine wortwörtliche Auslegung des Korans noch in unsere Zeit?

In vielen Teilen der Welt werden Menschen verfolgt, unterdrückt oder gar getötet, weil sie den „falschen“ Glauben haben. Auch bei uns wird Hass geschürt, weil einige radikale Gruppen die Deutungshoheit über die Lehre des Islam an sich reißen und den Koran wortwörtlich auslegen. Passt das noch in unsere Zeit? Nein. Man muss den Koran unter historisch-kritischen Gesichtspunkten lesen. So wie wir Christen die Bibel lesen. Für uns gilt nicht mehr das „Auge um Auge und Zahn um Zahn“, heute ist die zentrale christliche Botschaft die Nächstenliebe. Gut so!

90 Prozent der Muslime halten Demokratie für gute Regierungsform

Die große Mehrheit der vier Millionen in Deutschland lebenden Muslime lehnt eine gewaltbereite Auslegung des Islam eindeutig ab. 90 Prozent der hier lebenden Muslime halten die Demokratie für eine gute Regierungsform und neun von zehn Muslimen haben in ihrer Freizeit Kontakt zu Nichtmuslimen. Leider müssen auch sie sich für die Gräueltaten anderer rechtfertigen und stehen unter Generalverdacht. Der Dialog zwischen Muslimen und Nichtmuslimen ist von gegenseitigem Misstrauen und einer bedenklichen Sprachlosigkeit geprägt. Das bringt uns nicht weiter.

Ein mitteleuropäisch geprägter Islam kann nur von den hier lebenden Muslimen selbst gestaltet werden. Sie müssen sich aber auf unsere Unterstützung verlassen können. Hier sind auch die muslimischen Vereine, Verbände und Gemeinden gefordert. Wir müssen bereit sein, sie mit ihren Anliegen im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz zu fördern. Dazu gehört auch, konkrete Erwartungen an die weltlichen und geistlichen Vertreter des Islam in Deutschland zu formulieren. Da waren wir in der Vergangenheit aus falsch verstandener Toleranz und sich daraus teilweise ergebender Ignoranz oft viel zu zurückhaltend.

Sprache und Religion gehören zusammen

Die Lehrstühle für muslimische Theologie an vier deutschen Universitäten können nur ein Anfang sein. Wir müssen die Aus-

bildung in Deutschland von Lehrern und Hochschullehrern, von Imamen und Seelsorgern, etwa für Gefängnisse, noch stärker vorantreiben. Denn sie sind es, die direkten Einfluss auf die Gemeinden und Gläubigen haben. Import-Imame, die aus der Türkei entsandt und bezahlt werden, können diese Aufgabe nicht erfüllen. Gerade die Muslime, die in Deutschland geboren wurden und hier aufgewachsen sind, fühlen sich von ihnen im wahrsten Sinne des Wortes oft nicht angesprochen. Sie erscheinen dann fremder und weniger „cool“ als beispielsweise Hassprediger wie Pierre Vogel oder Sven Lau, die nicht nur die Sprache der Jugend sprechen, sondern auch auf Deutsch predigen. Sprache und Religion gehören zusammen. Nur wer den Alltag vor Ort kennt, kann als Imam oder Religionslehrer lebensnah predigen und lehren.

Religion ist nicht nur Privatsache

Uns fehlt ein verbindlicher Ansprechpartner für den Dialog mit dem Islam in Deutschland. Daran hat leider auch die Islamkonferenz wenig geändert, dort sind eher weltliche Vertreter organisiert, die zudem für eine sehr kleine Minderheit der hier lebenden Muslime sprechen. Für einen Dialog auf Augenhöhe braucht es eine Organisation ähnlich der Deutschen Bischofskonferenz oder des Zentralrats der Juden. Und: Die muslimischen Gemeinden in Deutschland müssen sich mittelfristig unabhängig vom Ausland finanzieren. Das ist ein wichtiger Schritt hin zur Unabhängigkeit und einem Islam mitteleuropäischer Prägung. ■

Flüchtlingsproblematik:

Heimat für alle ...

Damit Deutschland wirklich „Heimat für alle“ sein kann, muss die Politik sowohl die Bedürfnisse von Migranten als auch der hier lebenden Bevölkerung berücksichtigen.

„Ohne Heimat sein heißt leiden“, sagte einst im 19. Jahrhundert der russische Romanautor Dostojewski. Was damals galt, das gilt auch heute noch, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen internationalen Flüchtlingsproblematik. Heimat hat mit Gefühl zu tun und der Umgang mit Gefühlen bedarf einer besonderen Sensibilität. Deshalb ist es richtig und entspricht auch unseren von christlichen Wertvorstellungen geprägten Grundsätzen, dass wir versuchen, Menschen bei uns aufzunehmen, die ihre Heimat verloren haben. Humanitäre Hilfe für unschuldig in Not geratene Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte ist eine Selbstverständlichkeit.

In diesem Zusammenhang müssen wir aber auch die Ängste von Menschen – insbesondere älteren Menschen – vor Überfremdung und zu viel gesellschaftlicher Veränderung ernst nehmen, die infolgedessen einen möglichen Identitätsverlust „ihrer“ Heimat befürchten. Um das klarzustellen: Menschen, die sich um ihre Heimat sorgen, sind weder fremdenfeindlich noch rechtsradikal. Der Anspruch auf Heimat steht allen Menschen zu, auch den Menschen, die immer schon in Deutschland gelebt haben.

Der Wunsch älterer Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden, ihrer „ganz persönlichen Heimat“, woh-

nen zu können, zeugt auch davon, dass man sich in einer gewohnten Umgebung geborgen fühlt. Dieser Anspruch älterer Menschen ist gerechtfertigt und gleichzeitig Auftrag für die Politik, Rahmenbedingungen für eine altersgerechte Gesellschaft zu schaffen. Die Politik muss sich endlich auch zum Anwalt der Älteren machen, weil ältere Menschen eben nicht mehr auf die Straße gehen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist eben nicht nur eine moderne Integrations-, sondern auch eine zukunftsgerichtete Demografiepolitik im Sinne der älteren Generation, die Alter neu denkt. Das eine darf das andere nicht ausschließen. Wir brauchen Verständnis für die Bedürfnisse von Zuwanderern, aber genauso auch Verständnis für die Bedürfnisse von älteren Menschen.

Die Tatsache, dass es in vielen Städten bereits heute ganze Stadtteile gibt, die mehrheitlich die (neue) Heimat für Menschen mit ausländischen Wurzeln sind, ist eine

große Herausforderung für uns alle. Wenn diese Menschen bereit dazu sind, unser Grundgesetz und unsere Lebensart zu akzeptieren, sich zu integrieren, ohne dabei ihre eigene Identität aufzugeben und unsere Sprache letztendlich so gut beherrschen, dass sie sich vernünftig verständigen können, kann unsere Heimat wirklich eine „Heimat für alle“ sein.

Mindestens genauso wichtig ist es, dass eine „Heimat für alle“ sich dadurch auszeichnet, dass Politik und Gesellschaft Verständnis für die Bedürfnisse und Ansprüche aller Gruppen und Altersgruppen – insbesondere für die der älteren Generation – aufbringen, sie ernst nehmen, respektieren und sie zum Maßstab ihres Handelns machen. Denn eines muss allen klar sein: Ohne uns Ältere ist auf absehbare Zeit kein Staat zu machen und damit auch keine „Heimat für alle“ zu erreichen. ■



Der Autor:
Leonhard Kuckart
ist stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender NRW der Senioren-Union.

asina

Ganz nah bei meiner Familie!

Skype · Internet · WhatsApp · E-Mail

Sie haben Fragen zum asina Tablet? Rufen Sie uns an! Wir sind für Sie da!
Telefon +49 (0) 351 - 219 71 444 · E-Mail info@asina-tablet.de

www.asina-tablet.de

70 Jahre **CDU**

Ein Mann der **ersten** Stunde

Günter-Helge Strickstrack ist CDU-Mitglied der ersten Stunde: 1950 hat er in Goslar die Bundes-CDU mitgegründet. Als einer von mehr als 300 Delegierten, die er inzwischen alle überlebt hat. Der heute 93-Jährige hat alle Regierungschefs der Union persönlich kennengelernt: Adenauer, Kohl, Merkel. Und noch heute ist der rüstige Parteiveteran bei jedem Parteitag mit von der Partie, wo auch immer in Deutschland der stattfindet.

Mit 29 Jahren entschlossen Sie sich, eine neue Partei mitzugründen. Wie kam es denn eigentlich dazu?

Strickstrack: Ich war früh aus dem Krieg zurückgekehrt, weil ich nicht in Kriegsgefangenschaft gekommen war. Ich war politisch interessiert und wollte bei einer demokratischen Partei mitwirken. So wäre ich beinahe bei der SPD gelandet: Bei einer Veranstaltung 1945 mit Kurt Schumacher. Der Mann hat mich sehr beeindruckt. Als dann aber einer der Redner alle heimkehrten Soldaten mit Kriegsverbrechern verglich, war ich empört und habe ihm meine Meinung gesagt. Danach sprach mich ein anderer Teilnehmer an und machte mich auf eine Veranstaltung am kommenden Tag in Braunschweig aufmerksam. Es sollte eine christlich orientierte neue Partei gegründet werden. Dieser andere Teilnehmer war der spätere niedersächsische Finanzminister Georg Strickrodt. Und die Partei die CDU.

Und hier fanden Sie Ihre politische Heimat?

So ist es. Ich stamme aus einem christlich orientierten Elternhaus, die Richtung stimmte also. Nach dem Krieg waren alle Werte auf den Kopf gestellt, woran sollte man sich also orientieren, wenn nicht an christlichen Grundsätzen? Die Idee lag



Foto: CDU

Zwischen den höchsten Repräsentanten des Staates: Als Joachim Gauck im März 2012 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, reiste Günter-Helge Strickstrack als ältester Wahlmann nach Berlin.

doch nahe. Auch, dass die Partei einen sozialen und demokratischen Aufbau wollte, gefiel mir. Ich trat zunächst 1945 in die niedersächsische CDU ein, da sich die Partei nach dem Krieg erst in den Ländern aufstellte und dann fünf Jahre später zur Bundespartei für ganz Deutschland – mit Ausnahme von Bayern – zusammenschloss. Aber seit 1950 bin ich auf jedem Bundesparteitag dabei – inzwischen bekomme ich sogar einen Ehrenplatz. Und ich habe auch bei jeder Wahl gewählt – egal, ob Kommunal-, Landtags-, Europa- oder Bundestagswahl.

Wie war das damals beim Gründungsparteitag in Goslar? Woran erinnern Sie sich?

Für Goslar als Ort des Gründungsparteitags hatte Kanzler Adenauer sich aus Verbundenheit zu den Deutschen jenseits der Zonengrenze ausgesprochen. Heidelberg und Berlin waren auch noch im Gespräch gewesen. Aber der Kanzler entschied sich für Goslar, weil die Stadt nahe der DDR-Grenze lag und man den Deutschen im Osten zeigen wollte, dass man in Gedanken auch bei ihnen war. Es war damals schwierig, alle Abgeordneten im Ort unterzubringen, es waren ja mehr als 300 Leute und die meisten Hotels waren noch von den Engländern besetzt. Aber viele der Delegierten kamen dann bei Privatleuten unter.

Das Motto des Parteitags lautete: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Konrad Adenauer – damals erst seit 14 Monaten Bundeskanzler – wurde in Goslar erster Parteivorsitzender. Er war Spitzenkandidat und wurde mit großer Mehrheit gewählt. Es herrschte eine große Aufbruchstimmung, es war kein Parteitag der Reden und Vorträge: Es ging eigentlich nur darum, etwas Neues zu schaffen und die Partei auf Bundesebene zu formieren. Mittags hatten die Organisatoren eine längere Pause eingeplant – so gab es Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen sich gegenseitig ein bisschen besser kennenzulernen.

Sie haben Adenauer persönlich gut gekannt. Wie haben Sie ihn erlebt?

Als junges Parteimitglied besuchte ich den Kanzler mehrfach in dessen Haus in Rhöndorf, wir hatten einen sehr guten Draht zueinander. Adenauer war eine starke Persönlichkeit, ich würde sagen, er hat mein Leben stark bestimmt. Er war sehr imponierend, ein Mensch mit echten Führerqualitäten, gleichzeitig aber auch witzig, humorvoll. Ich kann mich an eine Begebenheit erinnern, da fuhren wir gemeinsam in seinem Wagen, einem Mercedes 300, ein ganz besonderes Modell. Minister Otto Fricke war auch dabei. Die Menschen am Straßenrand erkannten Adenauer und applaudierten. Da drehte er sich zu uns um und sagte: „So was tut ja auch mal gut“.

Unter dem Tod seiner Frau hat Adenauer sehr gelitten. Damals in Rhöndorf habe ich auch seine jüngste Tochter Libet kennengelernt, sie lebte noch zu Hause. Kürzlich habe ich sie auf einer Parteiveranstaltung wiedergetroffen. Ich hätte die alte Dame fast nicht erkannt.

Haben Sie jemals überlegt, die Politik zum Beruf zu machen?

Nein, das kam für mich niemals in Frage, man macht sich zu sehr abhängig, wenn man wichtige politische Entscheidungen als Abgeordneter treffen muss und von diesem Beruf abhängig ist, weil man von der Abgeordnetendiät lebt. Ich war selbst nie bereit, meine Meinung einer Allgemeinheit unterzuordnen. Mir bereitet es immer ein großes Unbehagen, wenn ich höre, dass junge Leute sofort nach dem Studium in die Politik gehen. Stattdessen führte ich lieber gemeinsam mit meiner Frau – mit ihr bin ich seit 67 Jahren verheiratet – eine Textilfabrik in der Nähe von Hannover. Später wurde ich Präsident der Deutschen Kleiderindustrie. Wir gründeten eine Familie, haben drei Kinder, vier Enkel und inzwischen auch zwei Urenkel.

Aber Sie haben dennoch Ämter in der CDU übernommen und aktiv im politischen Geschehen mitgemischt?

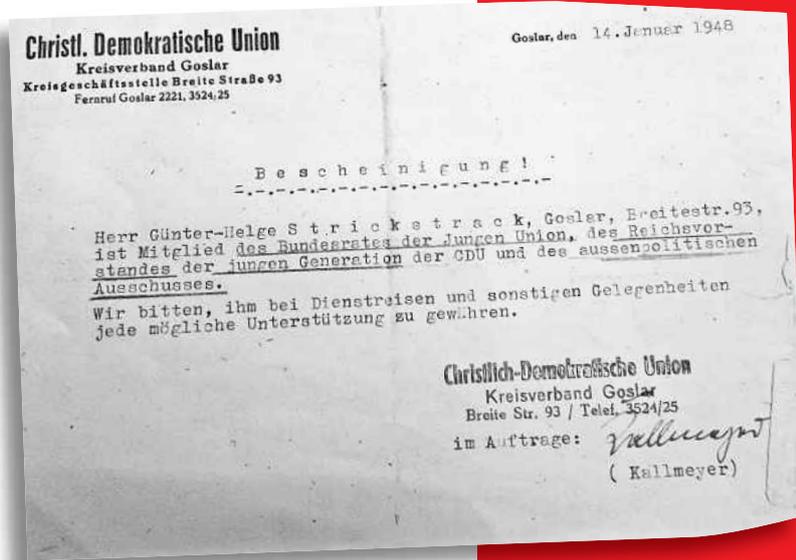
Das stimmt. Das politische Geschehen und der Werdegang der CDU bestimmten weiter mein Leben: Ich war in den fünfziger Jahren Vorsitzender der Jungen Union Niedersachsens, später persönlicher Referent des Wirtschaftsministers Otto Fricke und verfolgte immer die Entscheidungen der Partei mit großem Interesse.

Konnten Sie sich denn mit allen Entscheidungen der CDU anfreunden?

Mir hat nicht gefallen, dass die CDU sich so lange mit einer Annäherung an die DDR-Spitze zurückgehalten hat. Man hat es über Jahre hinausgezögert, Verbindung aufzunehmen und die Existenz einer DDR-Regierung einfach negiert. Das war nicht richtig. Das hat Willy Brandt besser gemacht. Auch den Rückzug von Friedrich Merz als Fraktionsvorsitzender und den Umgang mit Christian Wulff bedauere ich sehr.

Und wie gefallen Ihnen die Spitzenpolitiker von heute?

Mit der Politik der Kanzlerin bin ich mehr als einverstanden: Diese Frau ist unglaublich. Ich ziehe vor ihrer Leistung und ihrem Arbeitspensum jeden Tag den Hut.

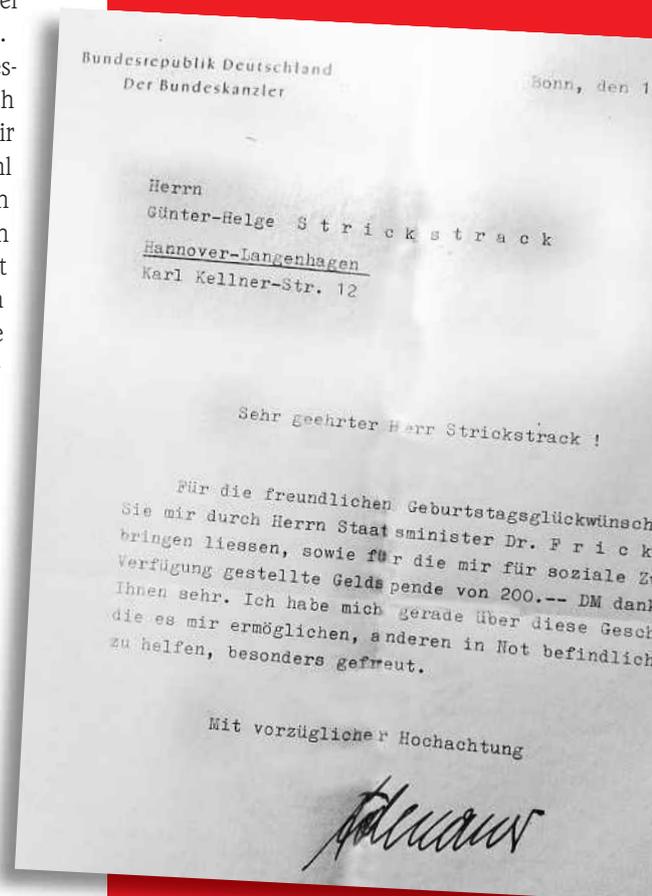


Angela Merkel ist ein Glücksfall für Deutschland. Wie sie es beispielsweise schafft, die europäischen Staaten dazu zu bringen, sich mit Putin auseinanderzusetzen, finde ich sehr beeindruckend. Ich glaube, Adenauer hätte auch seine Freude an ihr gehabt. Sie hätte ihm gefallen. Und er hätte niemals von ihr als „mein Mädchen“ gesprochen. Das ist der große Unterschied zu Helmut Kohl. Sehr zufrieden ich auch mit Bundespräsident Joachim Gauck, den ich übrigens selbst mitgewählt habe. Wir haben uns am Abend vor der Wahl persönlich in einem langen Gespräch ausgetauscht. Er hat mir gut gefallen wegen seiner christlichen Herkunft – und mir imponiert, dass er den Freiheitsgedanken so betont und die Verantwortung eines jeden Einzelnen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Wir hatten ein sehr gutes Gespräch.

Was beschäftigt Sie in der aktuellen Politik?

Ich bin nicht besonders glücklich über die Entscheidungen zum Mindestlohn. Da hat die CDU große Kompromisse gemacht, die der Sache schaden. Die Konsequenzen sind nicht wirklich durchdacht worden. Auch die Aktivitäten der Geheimdienste hat die Politik nicht unter Kontrolle. Da scheint sich einiges zu verselbstständigen und einige gute Politiker geraten in Bedrängnis. Das ist ein sehr schwieriges Thema. Ansonsten bin ich sehr mit der heutigen Politik der CDU zufrieden – und die Gewährsträgerin dafür ist die Kanzlerin. ■ Das Interview führte Sabine Hense-Ferch

Schon 1948 war Günter-Helge Strickstrack für die CDU in Niedersachsen aktiv. Erst 1950 – fünf Jahre nach Gründung der Partei – konstituierte sich die CDU, bis dahin eine „Sammlung von Landesparteien“, auf Bundesebene. Der Gründungsparteitag fand vom 20. bis 22. Oktober in Goslar statt.



Dankschreiben vom ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer.

Demografie:

Vier Einwände gegen die Schwarzmalerei

Noch vor 15 Jahren war die Bevölkerungsstatistik nur ein Thema für staubtrockene Statistiker. Heute ist sie unter dem Namen Demografie in aller Munde. Eine erstaunliche Karriere für eine Statistik.

1990 habe ich als Berater des Statistischen Bundesamtes in Bonn, dem damaligen Regierungssitz, mit Fakten über die Anzahl von Kindern und das Alter von Lehrern auf die Notwendigkeit einer verstärkten Lehrerausbildung hingewiesen. Keine Chance! Regierung und Medien hatten kein Interesse an „Bevölkerungsplanung“, nahmen die Fakten noch nicht einmal zur Kenntnis. Entsprechend erstaunt vernahm ich dann 2003, dass Politiker und Journalisten fast täglich über Bevölkerungszahlen redeten. Diesmal nicht über reale Fakten, sondern über Prognosen für das Jahr 2050. Und diesmal wurden viele wichtige politische Entscheidungen genau damit begründet. Was war passiert?

50-Jahres-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei

Welche Zahlen hätte Konrad Adenauer 1960 über 2010 vorhersagen können? Und welche Bismarck 1860 über 1910? Richtig, die Jahreszahl. Sonst aber fast gar nichts. Und in der heutigen schnelllebigen Zeit sollen wir 50 Jahre in die Zukunft schauen können?

Selbst 1985, also vor „nur“ 30 Jahren, wusste Helmut Kohl samt seinem Beraterstab kaum etwas über die Welt von heute. 25 Jahre Wiedervereinigung, Auflösung des Ostblocks, Kriege in Irak, Libyen, Syrien und ihre Folgen für uns? Industrie 4.0, 3D-Drucker und Beherrschung des Alltags durch Internet, Handys und Computer? All das war vor 30 Jahren so nicht zu erahnen.

Selbst vor 20 Jahren waren Dinge wie Riester- und Rüruprente, Hartz IV, die Finanzkrise und ihre Folgen nicht in Sicht. Überraschend, dass viele heute trotzdem 50-Jahres-Prognosen mit der zukünftigen Wirklichkeit verwechseln.

Wir werden älter – na und?

Aber selbst wenn die oft zitierten Vorhersagen über steigende Lebenserwartung, weniger Kinder und mehr Rentner tatsächlich so eintreffen sollten – wäre das ein riesiges soziales und wirtschaftliches Problem? Da Blicke in die ferne Zukunft immer unsicher sind, schauen wir doch einmal zurück ins 20. Jahrhundert. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 1900 bis 2000 um über 30 Jahre, der Anteil der unter 20-Jährigen halbierte sich von 44 auf 21 Prozent. Und der Anteil von 65 Plus hat sich mehr als verdreifacht – von 4,9 auf 16,7 Prozent. Die demografischen Veränderungen waren weit größer als das, was fürs 21. Jahrhundert erwartet wird. Nach heutiger Demografie-„Logik“ hätte diese „Katastrophe“ drastische Kürzungen der Renten und eine drastische Verlängerung der Arbeitszeit nötig machen müssen. Was geschah stattdessen? Der Sozialstaat wurde im letzten Jahrhundert massiv ausgebaut, die wirtschaftliche Entwicklung war immens. Und bei alledem wurden die Arbeitszeiten stark reduziert.

Die Demografie-„Logik“ erweist sich also als Trugschluss, sobald wir sie rückwirkend auf das 20. Jahrhundert anwenden.

„Demografisierung“ einer Diskussion

Wie der Blick in das letzte Jahrhundert zeigt, bestimmt die Altersstruktur einer Bevölkerung nicht zwangsläufig ihr Wohlergehen. Das zeigen auch weitere Betrachtungen, die der heute vorherrschenden Logik widersprechen, „wegen der demografischen Entwicklung“ müsse dies und das geschehen.

- ➔ Wenn die Kinderzahl pro Frau so wichtig wäre, müsste es Frankreich ökonomisch deutlich besser gehen als Deutschland. Immerhin bekommt in Frankreich jede Frau etwa 2 Kinder, in Deutschland im Schnitt nur 1,4.
- ➔ Wie geht es den Staaten dieser Welt mit jungen Bevölkerungen? Das sind zum Beispiel Bolivien, Bangladesch oder die Philippinen. Sie sind arm. Wer dagegen sind die reichen Staaten? Deutschland, Japan, die Schweiz, Australien – also die mit einer „alten“ Bevölkerung.
- ➔ Seit Jahren wird bei uns über demografisch bedingten Ärztemangel geklagt. Merkwürdig! Haben wir doch seit vielen Jahrzehnten einen scharfen Numerus clausus für das Medizinstudium,



der viele junge Menschen vom Arztberuf abgehalten hat. An zu wenig jungen Leuten hat es also nicht gelegen.

➔ „Studenten in Deutschland: So viele gab es noch nie“ (Der Spiegel, November 2014) „511.600 Ausbildungsstellen stehen 559.400 Bewerber gegenüber“ (Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2014) „Zu große Klassen, zu wenig Lehrkräfte“ (WDR 5, August 2014).

Merkwürdig, wie solche Widersprüche im normalen Demografie-Diskurs ausgeblendet werden. Wir kennen die Bilder von übervollen Hörsälen, wir hören die Meldungen über Jugendliche ohne Chance auf einen Ausbildungsplatz, glauben aber trotzdem, es gebe zu wenige Kinder! Wie kann das angehen?

Wirkungsvolle Zahlenspiele in der Demografie-Debatte

Zahlen sind angeblich objektiv. Deshalb wurden in der Debatte von Beginn an solche „unwiderlegbaren Tatsachen“ präsentiert. Vor der Verdopplung des Altenquotienten wurde gewarnt, neuerdings häufiger vor einem gravierenden Mangel an Arbeitskräften. Das erschreckt.

Vergessen wir einmal kurz, dass all die Warnungen nur auf Ergebnissen von Modellrechnungen beruhen, und tun so, als ob diese Zahlen in der Zukunft genauso eintreten werden. Wie auch dann Dramatik erst künstlich erzeugt wird, zeigt folgendes Beispiel.

„Besonders stark betroffen von Einwohnerschwund und Altersverschiebung ist die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 20 und 65 Jahren. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von durchschnittlich 100.000 Personen geht ihre Zahl deutschlandweit von heute knapp 50 Millionen zurück ... auf 33 Millionen 2060.“

(Fraktion der CDU im NRW-Landtag im Jahre 2014 in Anlehnung an die Präsentation der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Nov. 2009)

So warnt die CDU NRW vor einem Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen um gut ein Drittel. Müssen also bald zwei Menschen die Arbeit von dreien schultern? Um auf dieses Horrorszenerium zu kommen, mussten die Warner viele Faktoren übersehen.

Hier die drei wichtigsten:

1. Der Rückgang um 34 % ist keine Herausforderung für morgen, sondern eine, für deren Bewältigung wir 52 Jahre Zeit haben! Aufs Jahr betrachtet, liegt der Rückgang also nur bei 0,8 %. Anders ausgedrückt: Nächstes Jahr müssen 99 das schaffen, was heute 100 schaffen!
2. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auf 33 Millionen entstammt einer Modellrechnung, in der die Bevölkerung um 20 % sinkt. Eine deutlich kleinere Bevölkerung braucht zur Versorgung aber auch weniger Erwerbstätige.
3. Sowohl für 2008 wie für 2060 wurde ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren unterstellt. Und das, obwohl die Lebenserwartung nach der gleichen Prognose um sieben Jahre steigen soll. Und obwohl die Rente ab 67 schon für 2029 beschlossen ist! Warum sollten wir sieben Jahre länger leben, unter Arbeitskräftemangel leiden und dennoch keinen Tag länger arbeiten? Eine wahrlich unsinnige Annahme.

Wenn wir diese drei eigentlich selbstverständlichen Faktoren einbeziehen, nach Punkt 2 also nicht die Anzahl, sondern den Bevölkerungsanteil der Personen im Erwerbsalter betrachten, dann haben wir es nur noch mit einem Absinken um 0,2 Prozent pro Jahr zu tun. Die Angstzahl von 34 % bedeutet also in Wirklichkeit, dass jedes Jahr bis 2060 von 500 Erwerbsfähigen einer zu ersetzen ist! Was wie Hexerei eines Zahlenkünstlers aussieht, ist genau umgekehrt. Eine an sich harmlose Veränderung wurde unter Nutzung dreier Rechenricks zu einem Monstrum aufgebauscht.

Diese übersehenen Faktoren erklären auch, warum die rasante Alterung des letzten Jahrhunderts sozial und wirtschaftlich so problemlos gemeistert werden konnte.

Gewinner der Demografie-Debatte

Nach all diesen Widersprüchen und eigentlich durchsichtigen Zahlentricks hilft der Hinweis von Voltaire nur bedingt weiter: „Je häufiger eine Dummheit wiederholt wird, desto mehr bekommt sie den Anschein von Klugheit.“ Wie konnte ein seit 1900 beobachteter Prozess der Alterung plötzlich so ein Gewicht bekommen? Wie konnte ein staubtrockenes Statistik-Thema solch eine Aufmerksamkeit erlangen? Wie können so viele offensichtliche Widersprüche fast komplett übersehen werden?

Das war kein Versehen, sondern eine professionell geplante Kampagne. Es gibt einflussreiche Gewinner der Demografie-Angst. Die Versicherungsbranche profitiert durch Riester- und Rüruprente und Kürzungen bei der Gesetzlichen. Die Arbeitgeber konnten sich so aus der paritätisch finanzierten Rente verabschieden, da ihre Arbeitnehmer die Riesterrente alleine zahlen. Medien hatten ihre Schlagzeilen nach dem alten Journalistenprinzip „bad news are good news“. Und Politiker hatten für vieles einen Sündenbock, der sie scheinbar aus der Verantwortung nahm. Ärztemangel, leere Sozialkassen, Mangel an Fachkräften: Überall schützt das Schild „Demografie“ vor tieferen Blicken.

Bei der sehr gut finanzierten und koordinierten Kampagne zum Thema Demografie ging es also nicht um Wahrheit, sondern um Nutzen und viel Geld. Interessierte Kreise haben die eigenen Interessen geschickt als kluge Reaktion auf die „objektiven Notwendigkeiten der demografischen Entwicklung“ dargestellt.

Eine Bemerkung zum Schluss: Mit diesem Artikel will ich der weitverbreiteten „Demografie-Angst“ begegnen. Das heißt nicht, dass die Alterung einer Gesellschaft keine Probleme aufwirft. Nur sind das bei weitem nicht die Hauptprobleme. Wenn wir erfolgreich an den Hauptproblemen arbeiten, zum Beispiel die Arbeitslosigkeit abbauen, unsere Jugend ausreichend qualifizieren, den großen Reichtum in unserer Gesellschaft wieder mehr für Soziales und die Infrastruktur nutzen, wäre mehr als genug da, um eine wachsende Zahl älterer Menschen nicht als Belastung zu empfinden. ■

Der Autor:

Prof. Dr. Gerd Bosbach ist Professor für Statistik, Mathematik und Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Hochschule Koblenz, Standort Remagen. Er ist u.a. Koautor des Buches „Lügen mit Zahlen: Wie wir mit Statistiken manipuliert werden“.



Herrschaft der Alten?

Wie eine alternde Bevölkerung Wohlstand, Innovationen und ökonomisches Wachstum beeinflusst, ist ein komplexes und kontroverses Thema. Einige Aspekte im Souverän-Interview mit Professor Alfonso Sousa-Poza ...

Foto: uni hohenheim



1. Herr Professor Sousa-Poza, Sie sind einer der führenden Experten auf dem Gebiet der noch jungen „Economics of Ageing“ (Ökonomie des Alterns). Womit genau befassen Sie sich auf diesem Wissenschaftsgebiet?

Die Ökonomie des Alterns analysiert die Wechselbeziehungen zwischen der demografischen Veränderung und der Wirtschaft. Sie betrachtet sowohl die mikro- als auch die makroökonomische Perspektive und beschäftigt sich mit Themen wie Arbeitsmarkt, Gesundheit, Familienökonomie, soziale Sicherung, Einkommensverteilung, Mobilität, Immigration, Produktivität, strukturelle Veränderung und ökonomisches Wachstum sowie Entwicklung.

2. Wo sehen Sie die Chancen, wo die Risiken einer alternden Gesellschaft?

Eine alternde Gesellschaft spiegelt zunächst einmal eine Erhöhung der Lebenserwartung in einer Gesellschaft wider. Diese Entwicklung würde ich nicht als „Chance“, sondern als Errungenschaft bezeichnen. Eine alternde Gesellschaft spiegelt aber auch abnehmende Geburtenraten wider. In dieser Entwicklung sehe ich zwei Chancen: Erstens führen fallende Geburtenraten zu einer Abnahme des Abhängigkeitskoeffizienten (das Verhältnis

Prof. Dr. Alfonso Sousa-Poza ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hohenheim und Herausgeber der internationalen Zeitschrift „Journal of the Economics of Ageing“.

der Bevölkerung in den Altersgruppen zwischen 0-14 und über 65 Jahren zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahren), was sich positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken kann (sog. erste demografische Dividende). Zweitens können kleinere Familien mehr in das Humankapital (u.a. Bildung) ihrer Kinder investieren, was die Produktivität einer Gesellschaft erhöhen kann (sog. zweite demografische Dividende). Dennoch überwiegen meines Erachtens die Risiken (sehr) niedriger Geburtenraten. Zu den Hauptrisiken zählen der sehr ernst zunehmende Fachkräftemangel, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, die regionale Entvölkerung und die damit verbundenen Schwierigkeiten bezüglich der Aufrechterhaltung einer adäquaten Infrastruktur. Lang anhaltende niedrige Geburtenraten können auch zu einer sog. Fertilitätsfalle führen, bei der die gewünschte Anzahl der Kinder von Generation zu Generation stetig abnimmt.

3. Engagiert sich die Politik ausreichend in Fragen des demografischen Wandels?

Ich denke, dass die Bundesregierung sowie die Landesregierungen die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung erfolgreich bewältigen werden. Wohingegen viele europäische Länder immer noch ein niedriges Renteneintrittsalter haben, hat Deutschland als eines der ersten Länder das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben. Andere Maßnahmen beinhalten eine verbesserte Kinderbetreuung, eine flexiblere Gestaltung des Arbeitsmarktes, Fort- und Weiterbildungsangebote speziell für ältere Arbeitnehmer und die Förderung von Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zur Abmilderung der negativen Auswirkungen einer alternden Bevölkerung. Betont werden muss jedoch, dass die Veränderung eines Systems, insbesondere des Sozialen Sicherungssystems, welches seit Jahrzehnten gelebt wird, politisch extrem schwierig ist. Dies rührt schlichtweg daher, dass solche Veränderungen hohe Kosten mit sich bringen, insbesondere für bestimmte Generationen. Eine (Ver-)Änderung von einem umlagefinanzierten zu einem kapitalge-

Fortsetzung auf Seite 23 →

souverän

Große Leserumfrage

Was denken Sie über **souverän**?

Gewinnen Sie eine Reise!



Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2001 gibt es die Souverän, die Mitgliederzeitung der Senioren-Union. In vier Ausgaben pro Jahr bereiten wir für Sie Themen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, aber auch aus dem privaten Bereich auf. Doch letztlich sind Sie, liebe Leserinnen und Leser, der Souverän. Gestalten und optimieren Sie Ihre Souverän gemeinsam mit uns! Bitte nehmen Sie sich in diesem Sinne fünf Minuten Zeit und beantworten die nachfolgenden Fragen.

Trennen Sie dann diese vier Seiten aus dem Heft und schicken Sie uns bis zum 10. Juli 2015

an folgende Adresse:
Bundesgeschäftsstelle der
Senioren-Union der CDU Deutschlands,
Stichwort: Leserumfrage, Klingelhöferstraße 8,
10785 Berlin

Herzlichen Dank! Ihre Redaktion



Unter allen Einsendern verlosen wir eine Reise für zwei Personen nach Wien. Erleben Sie mit Terramundi die besondere Atmosphäre der österreichischen Metropole.

Allgemeine Fragen:

1. Seit wann sind Sie Mitglied der Senioren-Union? _____
2. Lesen Sie Souverän regelmäßig sporadisch selten ?
3. Empfehlen oder geben Sie das Heft an Familienmitglieder oder Bekannte weiter? ja nein
4. Haben Sie einen eigenen Internet-Zugang? ja nein
5. Wenn Sie Internet-Nutzer sind, wie häufig nutzen Sie dieses Medium? sporadisch selten täglich
6. Wären für Sie weiterführende Hinweise auf Internetquellen bei den einzelnen Artikeln hilfreich? ja nein

Zum redaktionellen Teil:

7. Aus welchen Themenbereichen möchten Sie mehr oder weniger in Souverän lesen?

	mehr	weniger		mehr	weniger
Politik und Gesellschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Freizeit und Reise	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ernährung und Gesundheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Computer und Internet	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kultur und Unterhaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Leserbriefe / Leserforum	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Finanzen und Vorsorge	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Bücher / Lesetipps	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Auto und Verkehr	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Aktuelles aus Orts- und Kreisvereinigungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Über welche Themen innerhalb des Themenbereichs „Politik und Gesellschaft“ möchten Sie gerne mehr oder weniger in Souverän lesen?

	mehr	weniger		mehr	weniger
Union der Generationen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Wertediskussion in der Politik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Generationengerechtigkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Europäische Integration	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Altersdiskriminierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Staatsverschuldung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Alterung der Gesellschaft und demografische Probleme	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Steuer- und Ordnungspolitik / Soziale Marktwirtschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Rentenpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Bewältigung aktueller Krisen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Pflege und Betreuung (Wohnen) im Alter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Klima- und Umweltschutz / Nachhaltigkeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Energiepolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Erziehung und Schulpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Innere Sicherheit / Terrorismus / Kriminalität	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gesunder Patriotismus	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>			

9. Welche Themen fehlen Ihnen grundsätzlich in Souverän?



Zur Gestaltung:

10. Wie gefallen Ihnen Form und Gestaltung des Heftes?

11. Weitere Anregungen / Verbesserungsvorschläge zum Heft:

Und noch eine allgemeine Zusatzfrage:

12. Welche führenden CDU-Politiker setzen sich Ihrer Meinung nach besonders für die Belange der Senioren ein? (Bis zu drei Nennungen möglich)

Ihre Daten:

(freiwillige Angabe, nur erforderlich, wenn Sie an der Verlosung teilnehmen möchten)

Name: _____

Wohnort / Anschrift: _____

Telefon, Fax oder E-Mail: _____

Alter: 60 – 70 Jahre 70 – 80 Jahre über 80 Jahre





Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatl. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerte Lebenslust.

www.fachingen.de/hydrogencarbonat

**STAATL.
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.

decken Alterssicherungssystem ist sinnvoll. Allerdings bringt solch eine Implementierung hohe Kosten für junge Generationen mit sich, da diese ein umlagefinanziertes System erhalten und gleichzeitig in ein kapitalgedecktes System investieren müssen.

4. Immer wieder wird behauptet, der demografische Wandel bedrohe unseren Wohlstand und immer mehr diktierten die Alten, wo es in dieser Republik langgeht. Verliert eine alternde Gesellschaft eigentlich an Wettbewerbsfähigkeit?

Wie eine alternde Bevölkerung Wohlstand, Innovationen und ökonomisches Wachstum beein-

ter gesteigert wird. Darüber hinaus sind einige Fähigkeiten, wie bspw. Erfahrung oder strategisches Denken, im Alter stärker ausgeprägt. Zudem muss eine geringere Risikobereitschaft nicht unbedingt negativ für die wirtschaftliche Entwicklung sein, was anhand der Wirtschaftskrise gezeigt werden kann. Ich zähle mich selbst eher zu den Optimisten. Dennoch denke ich, dass langfristig niedrige Geburtsraten und eine schrumpfende Bevölkerung nicht gut für eine Gesellschaft sein können.

5. Sehen Sie einen Generationenkonflikt auf uns zukommen?

sources in Form von Geld (Schenkungen und Erbschaften) und Zeit (Kinderbetreuung) von älteren zu jüngeren Generationen fließen. Drittens gibt es genügend empirische Evidenz, dass sich die Älteren in der Gesellschaft nicht gegen die Interessen der Jugend durchsetzen wollen. So wurden bspw. die jährlichen öffentlichen Bildungsausgaben von 75,9 Milliarden im Jahr 1995 auf 120,6 Milliarden erhöht. Das Rentenniveau ist seit den siebziger Jahren kontinuierlich gesunken. Ja sogar die Wehrpflicht wurde vor kurzem abgeschafft. Schließlich sollte man auch erkennen, dass sich in den Familien weder Eltern noch Großeltern bewusst gegen die



flusst, ist ein komplexes und kontroverses Thema. Eine pessimistische Grundhaltung liegt darin begründet, dass aufgrund niedriger und sinkender Fertilitätsraten der Arbeitsmarkt schrumpft, also weniger Arbeiter zur Verfügung stehen, um Güter zu produzieren, was das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand negativ beeinflussen kann. Weiter wird oft argumentiert, das steigende Durchschnittsalter der erwerbstätigen Bevölkerung führe zu weniger Innovationen, da jüngere Arbeitnehmer innovativer seien als ältere. Neueste empirische Befunde zeigen auch, dass ältere Personen weniger risikofreudig sind als jüngere Personen, was Innovationen wiederum negativ beeinflussen könnte. Optimisten argumentieren dagegen, Innovationen und Produktivität können mit einer alternden Bevölkerung sogar zunehmen, da das knappe Arbeitsangebot für Firmen Anreize bietet, in neue Technologien zu investieren, was wiederum Produktivität und Innovationen fördern kann. Weiter wird argumentiert, dass mit einer älteren und zahlenmäßig zurückgehenden Arbeiterschaft mehr in Bildung und Ausbildung von Arbeitern und Kindern investiert wird, wodurch die Produktivität wei-

Den Begriff „Generationenkonflikt“ finde ich sehr unglücklich gewählt. Das Medianalter in unserer Gesellschaft ist gestiegen, d.h., ein immer größerer Anteil unserer Bevölkerung wird älter. Das Medianalter der Bevölkerung hat sich von 35 Jahren im Jahr 1950 auf ca. 46 Jahre erhöht. Einige Politiker und Akademiker behaupten, diese Entwicklung führe zu einer Gerontokratie, in der die Älteren über die Jüngeren herrschen. Meines Erachtens gibt es viele Argumente, die gegen diese These sprechen: Erstens war der sog. Medianwähler knapp über 35 Jahre alt, als die Frühverrentungspolitik in vielen europäischen Ländern in den 70er Jahren eingeführt wurde – und es war vor allem diese fehlgeschlagene Politik, die zu gravierenden und anhaltenden Schwierigkeiten mit der Finanzierung der Rentensysteme geführt hat. Diese Frühverrentung hat keine Gerontokratie eingeführt, sondern – wenn man so will – die damalige „Jugendkratie“. Die Argumentation, die heutige Forderung nach einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren sei das Ergebnis einer Gerontokratie, ist daher meines Erachtens falsch. Zweitens darf man nicht vergessen, dass jetzt und in Zukunft mehr und mehr Res-

Interessen ihrer Kinder und Enkelkinder durchsetzen – und was wir auf Familienebene nicht beobachten, wird sich auch nicht auf gesellschaftlicher Ebene durchsetzen. Wir haben ein Problem mit der Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme. Aber dieses Problem wurde weder von einer Gerontokratie verursacht, noch wird es durch sie aufrechterhalten.

6. Kann Einwanderung die Probleme einer alternden Gesellschaft zumindest mildern?

Die Bundesregierung rechnet bis zum Jahr 2025 mit einem Fachkräftemangel von ca. 5,4 Millionen Personen. Durch Einwanderung können bis 2025 gemäß Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit ca. 800.000 qualifizierte Arbeitskräfte gewonnen werden, wobei die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland von dieser Zahl noch abgezogen werden muss. Deshalb kann der Fachkräftemangel durch Migration zwar leicht gelindert werden, sie kann aber nur ein ergänzendes Mittel sein. Viel entscheidender sind die Erhöhung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Erwerbsquoten von älteren Personen und Frauen. ■

Ab zum alten Eisen? – Wenig Neues zu Höchstaltersgrenzen

Professor Thomas Mann von der Universität Göttingen hat sich in einem Rechtsgutachten für die Senioren-Union mit der Frage der Altersdiskriminierung durch gesetzliche Höchstaltersgrenzen beschäftigt (siehe zuletzt *Souverän* 3-2012). Was hat sich in der Zwischenzeit getan, wie ist der aktuelle juristische Diskussionsstand zu diesem Thema?

Endete der Beitrag 2012 mit dem Vorschlag, in den Text des Grundgesetzes ein ausdrückliches Verbot der Altersdiskriminierung aufzunehmen, so ist der heutige Befund hierzu ernüchternd. Eine Anpassung an europäische Standards ist noch nicht erfolgt; die Benachteiligung wegen des Alters wurde durch den verfassungsändernden Gesetzgeber noch immer nicht in den Rang eines speziellen Diskriminierungsverbots gehoben, der vorhandene Katalog des Art. 3 Abs. 3 GG („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“) wurde bislang nicht um diesen Aspekt ergänzt. Immerhin schreibt zumindest der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz als Grundrecht fest, worüber auch – wenn auch deutlich schwächer als bei einer ausdrücklichen Normierung über Abs. 3 – die gezielte Ungleichbehandlung wegen des Alters geschützt ist.



Gleichzeitig sind in den letzten Jahren zahlreiche nationale untergerichtliche Entscheidungen, aber auch solche des Bundesverwaltungs- und des Bundesarbeitsgerichts sowie des Europäischen Gerichtshofs zu diesem Themenkomplex ergangen. Wenngleich diese letztlich keinen plakativen Durchbruch bewirkten, zeigt doch ihre Fülle, dass die Problematik insgesamt nicht an Brisanz verloren hat. Als gemeinsamer Nenner all dieser Entscheidungen lässt sich konstatie-

Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel bleibt abzuwarten, wie lange die Rechtsprechung bei ihrer bisherigen Linie bleiben will.

ren, dass von den Gerichten zwar in einem ersten Schritt oftmals eine Benachteiligung wegen des Alters festgestellt wird, dieser Befund dann letztlich aber noch nicht zwangsläufig als eine grundrechtlich unzulässige Diskriminierung angesehen wird. Vielmehr wird von den Gerichten stets in einem weiteren Schritt und für jeden Einzelfall gesondert geprüft, ob die Benachteiligung wegen des Alters nicht vielleicht gerechtfertigt ist. Ungleichbehandlungen

wegen des Alters stellen nach nationaler und europäischer Rechtsprechung nämlich dann keine Diskriminierung dar, wenn sie objektiv und angemessen sowie im Rahmen des nationalen Rechts durch ein legitimes Ziel gerechtfertigt sind und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels als angemessen und erforderlich angesehen werden können.

Besondere Aufmerksamkeit erlangen in diesem Kontext immer wieder Entscheidungen aus der Berufswelt. Angefangen bei altersbezogenen Stellenausschreibungen bis hin zur Kündigung finden sich nach wie vor offene und versteckte Altersgrenzen. Zu den offen deklarierten Altersgrenzen gehören etwa die Vorschriften der Bundesländer über das Höchstalter, bis zu dem jemand erstmalig den Beamtenstatus erwerben kann. Dieses Beispiel zeigt, dass nicht nur Menschen über sechzig, sondern auch jüngere Personen Benachteiligungen wegen ihres Alters ausgesetzt sind, mag auch eine Diskrimi-



nierung Jüngerer in der Praxis seltener vorkommen als eine Altersdiskriminierung.

Nach wie vor wohl am kontroversesten diskutiert wird der sog. Zwangsruhestand, also die rechtliche Zulässigkeit berufsbeendender Höchstaltersgrenzen, die ein bestimmtes Lebensjahr festlegen, ab dem eine Person aus ihrem Tätigkeitsbereich auszuschneiden hat. Solche starren Altersgrenzen, die vom Gesetzgeber in einer Prognoseentscheidung und insbesondere mit dem Hinweis auf das angeblich nach allgemeiner Lebenserfahrung nachlassende Leistungsvermögen von über sechzigjährigen Menschen bestimmt werden, unterlagen unter anderem in den Berufen der Hebammen, Notare, Verkehrspiloten, Vertragsärzte, öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige, Bezirksschornsteinfeger oder mit Blick auf die Berufsfeuerwehr einer gerichtlichen Kontrolle. Unzweifelhaft stellen sie auch einen Eingriff in die Berufsfreiheit des Art. 12 Abs. 1 GG dar; dieser ist aber nach Ansicht der Recht-

sprechung – ihrerseits aufbauend noch auf Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den fünfziger Jahren – zumeist verfassungsrechtlich gerechtfertigt. Der Europäische Gerichtshof hat diesbezüglich in seiner neueren Rechtsprechung immer wieder hervorgehoben, dass etwa die Gewährleistung einer ausgewogenen Altersstruktur – um die Einstellung und Beförderung jüngerer Bediensteter zu begünstigen – ein legitimes Ziel einer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sei, das eine Altersgrenze rechtfertige. Erst vor kurzem, mit dem Urteil vom 21.01.2015, hat das Bundesverwaltungsgericht eine von der hessischen Bauordnung in Bezug auf Prüfsachverständige für technische Anlagen und Einrichtungen in Gebäuden wie Krankenhäusern, Schulen oder Versammlungsstätten festgesetzte generelle Höchstaltersgrenze von 70 Jahren als zulässig angesehen. Nach Ansicht des Gerichts stelle sie zwar eine unmittelbare Benachteiligung der über siebzigjährigen Prüfsachverständigen dar, sei aber verfassungsrechtlich gerechtfertigt, da sie die Sicherheit von Bauten, der am Bau Beteiligten, der Gebäudenutzer sowie der Allgemeinheit gewährleiste und damit der öffentlichen Sicherheit (Leben und Gesundheit) als einem legitimen Zweck diene. Durch eine Altersgrenze würden „wirksam Risiken ausgeschlossen, die darauf beruhen, dass einem bestimmten Personenkreis altersbedingt nicht mehr voll leistungsfähiger Prüfsachverständiger Fehler bei der Ausübung der Prüftätigkeit unterlaufen“.

Kein frischer Wind

Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel unserer Gesellschaft, die zukünftig immer mehr auf die individuellen Fertigkeiten der verfügbaren Arbeitskräfte angewiesen sein wird, bleibt abzuwarten, wie lange Gesetzgebung und Rechtsprechung an ihrer bisherigen Linie, die ein bestimmtes Lebensalter pauschal mit mangelnder Leistungsfähigkeit gleichsetzt, noch festhalten wollen. Insbesondere ist zu hinterfragen, ob es angesichts der individuellen Unterschiede im körperlichen und geistigen Leistungsvermögen der über Sechzigjährigen nicht angemessener wäre, deren Leistungsfähigkeit in bestimmten zeitlichen Abständen zu überprüfen (sog. flexible Altersgrenzen), als sie von einem willkürlich festgelegten Stichtag an als beruflich unfähig abzustempeln.

Zahlreiche Entscheidungen fußen zudem auf dem im Jahr 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), das der Umsetzung europäischer Richtlinien dient und dessen § 1 eine Benachteiligung aus Gründen des Alters ausdrücklich verbietet. Allerdings normiert auch das AGG zugleich Rechtfertigungsgründe, die im Einzelfall – ähnlich wie oben beschrieben – eine unterschiedliche Behandlung wegen des Alters zulassen. Die auf dem AGG fußende Rechtsprechung ist bisher noch recht unübersichtlich und geprägt von zahlreichen Einzelfallentscheidungen, die versuchen, die oft schwierigen Abgrenzungsfragen zwischen erlaubter und verbotener Ungleichbehandlung zu lösen. Insgesamt ist bisher nicht ersichtlich, dass § 1 AGG frischen Wind in die Debatte zur Altersdiskriminierung gebracht hätte oder gar ein Motor für ein Umdenken hin zu mehr Schutz wäre.

Auch wenn in den letzten Jahren weder in der Rechtsprechung noch in der allgemeinen juristischen Diskussion eine Trendwende zum effektiven Schutz vor Altersdiskriminierung zu erkennen war, zeigt doch die Fülle an Entscheidungen, dass es unerlässlich ist, sich weiter mit dieser Problematik zu befassen und auch die Möglichkeit einer expliziten Aufnahme des Diskriminierungsmerkmals „Alter“ in den maßstabbildenden Verfassungstext des Art. 3 Abs. 3 GG nicht aus den Augen zu verlieren. Dies gilt umso mehr, als es sich bei der Bejahung bzw. Verneinung einer unzulässigen, also nicht gerechtfertigten Diskriminierung wegen des Alters regelmäßig um Einzelfallentscheidungen handelt, so dass stets ein gewisses Maß an Rechtsunsicherheit verbleibt. Das letzte Wort in diesem Bereich ist – auch in der Rechtsprechung – sicherlich noch nicht gesprochen! (Anm. der Red.: Siehe zu dieser Thematik auch S. 28.) ■

Der Autor:
Prof. Dr. Thomas Mann, Jahrgang 1963, ist Universitätsprofessor für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, an der Georg-August-Universität Göttingen.



„Die **Untätigkeit** der Politik ist für mich ein großes Rätsel“

Werden die Risiken der demografischen Entwicklung in Deutschland ernst genug genommen? Fragen an den Bevölkerungswissenschaftler Prof. Dr. Herwig Birg ...

Souverän: Ein Kapitel Ihres neuen Buches handelt von den „Fünf demografischen Plagen“. Welche sind damit gemeint?

Prof. Birg: Der sogenannte „demografischer Wandel“ beruht auf einer zentralen Ursache, die in der öffentlichen Diskussion fast nie benannt wird. Es ist die im internationalen Vergleich extrem hohe lebenslange Kinderlosigkeit der Frauen und Männer, die sich in einer niedrigen Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau auswirkt. Diese zentrale Ursache hat zahllose, meist negative Folgen, die ich in meinem Buch zu fünf großen Gruppen zusammenfasse.

1. Der Interessenkonflikt zwischen den alten und jungen Generationen. Die Bevölkerung zerfällt in eine wachsende Gruppe nicht mehr erwerbstätiger Menschen, die von einer zahlenmäßig schrumpfenden Gruppe von Menschen im Erwerbsalter versorgt werden muss. Die Konsequenz sind steigende Beitragslasten in der Gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bzw. zunehmende Steuerlasten, gepaart mit einem sinkenden Renten- und Versorgungsniveau bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

2. Der Interessenkonflikt innerhalb jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit bzw. ohne Nachkommen. Wenn man sich eine Gesellschaft vorstellt, in der die Hälfte der Bevölkerung kinderlos bleibt, dann muss diese Hälfte im Alter von den Kindern der anderen Hälfte mitversorgt werden. Nun bleibt zwar in Deutschland



Prof. Dr. Herwig Birg
Professor für Demografie am Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung an der Universität Bielefeld.

(noch) nicht jeder Zweite kinderlos, aber wir sind auf dem Weg dahin. Wie die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, bleiben von den jüngeren Jahrgängen im Durchschnitt bereits ein Viertel (Gesamtdeutschland) bzw. ein Drittel (alte Bundesländer) zeitlebens kinderlos. Bei den hochqualifizierten Frauen sind es 50 Prozent und teilweise noch deutlich mehr – Tendenz steigend. Weil unser Versorgungssystem auf dem Umlageverfahren beruht, wird die wachsende Gruppe der kinderlos bleibenden Menschen im Alter von den Nachkommen anderer Menschen mitversorgt, wobei die staatlichen Leistungen zugunsten der Familien, die Kinder großziehen, nicht ausreichen, um die Lasten auszugleichen. Daraus ergibt sich ein gigantisches Ungerechtigkeitsproblem, dessen Beseitigung seit langem durch zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts gefordert wird, ohne daß die Urteile durch die Politik umgesetzt werden (Trümmerfrauenurteil und Urteil zur Pflegeversicherung).

3. Der Interessenkonflikt zwischen den prosperierenden Landeshauptstädten und den sogenannten Metropolregionen auf der einen Seite und den Entleerungsgebieten auf der anderen. Zwischen den Stadt- und Landkreisen wechseln jedes Jahr vier Millionen Menschen ihren Wohnort. Diese sogenannten Binnenwanderungen bewirken in den Zuzugsgebieten ein Bevölkerungswachstum mit günstigen Auswirkungen auf deren Wirtschaftswachstum, aber der Zuzug dieser überwiegend jungen und gut ausgebildeten Menschen geht zu Lasten der Herkunftsgebiete, die dadurch in einer demografischen und ökonomischen Schrumpfungsspirale gefangen sind.

4. Der Interessenkonflikt zwischen Zugewanderten und Nicht-Zugewanderten. Die Bundeskanzlerin sagte in ihrer Neujahrsansprache: Die Zuwanderung von Menschen ist ein Gewinn für uns alle. Leider ist dieser Satz falsch, wie sich aus wissenschaftlichen Untersuchungen ergibt,

die in einem aktuellen Bericht des ifo-Instituts in Form von Aufsätzen fünf verschiedener Autoren veröffentlicht sind (Februar 2015). In einem dieser Aufsätze und in meinem Buch habe ich gezeigt, dass es für Deutschland erstrebenswerter und wirtschaftlich günstiger wäre, den eigenen Nachwuchs durch eine höhere Geburtenrate zu sichern, statt ihn auf kolonialistische Art und Weise via Einwanderungen auf Kosten anderer Länder zu ersetzen.

5. Internationaler Finanzkonflikt. Zwischen der internationalen Finanz- und Eurokrise und den demografischen Problemen der Euro-Zone gibt es einen Zusammenhang, der noch nicht ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Bei Ausbruch der Finanzkrise 2008 haben die Banken der griechischen Regierung weitere Kredite mit der Begründung verweigert, das griechische Rentensystem sei wegen der niedrigen Geburtenrate nicht sanierbar. Dabei ist die Geburtenrate Deutschlands und anderer Geberländer ähnlich niedrig wie die der südeuropäischen Nehmer-Länder. Allen diesen Ländern ist gemeinsam, dass die Kredite, die zur Finanzierung der demografisch verursachten Defizite der sozialen Sicherungssysteme aufgenommen wurden und werden, später nicht von Menschen zurückgezahlt werden können, weil diese Menschen gar nicht mehr geboren werden.

Sehen Sie nur Plagen, keine Chancen?

Welche Chancen sollen sich daraus ergeben, dass Tausende von Schulen geschlossen werden, dass der Wirtschaft Fachkräften fehlen und die Wachstumsrate des Sozialprodukts etwa um einen Prozentpunkt niedriger ist, als sie bei einer stabilen demografischen Basis sein könnte? Ein Prozent des Sozialprodukts bedeutet einen jährlichen Verlust von rund 30 Milliarden Euro. Viele glauben, dass das Weltklima vom Bevölkerungsrückgang in Deutschland profitiert, aber das stimmt nicht, denn obwohl die Bevölkerung schrumpft, wächst gleichzeitig die Zahl der kleiner werdenden Haushalte, und es ist die Zahl der Haushalte, nicht die Einwohnerzahl, von der beispielsweise der Verbrauch an Heizungsenergie abhängt. Welche Rolle spielt es dann, dass sich in menschenleeren Landstrichen wieder Wölfe oder andere selten gewordene Tiere ansiedeln? Die Politik feiert die Schrumpfung und Alterung als eine große „Chance“. Aber das ist so, als würde man das Flächenbombardement

deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg als eine Chance für den Wiederaufbau bezeichnen.

Die Statistiker sehen die Bevölkerung und damit die Erwerbstätigenzahl schrumpfen. Ist die damit oft einhergehende Dramatisierung eigentlich gerechtfertigt?

Wenn eine Entwicklung dramatisch ist, sollte man sie dramatisch nennen. Für mich ist es dramatisch, dass die Zahl der Menschen in der Altersgruppe von 20 bis 60 Jahren in der ersten Jahrhunderthälfte um rund 16 Millionen schrumpft und gleichzeitig die Zahl der über 60-Jährigen um zehn Millionen wächst, wobei zu beachten ist, dass die Schrumpfung auch nach 2050 oder 2060 weitergehen wird, wenn sie einmal im Gang ist. Diese von mir vor 17 Jahren veröffentlichten Zahlen sind bisher ziemlich genau eingetroffen, wenn man von den in letzter Zeit extrem hohen Zuzugs- und Flüchtlingszahlen absieht. Die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes und die der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen haben sich meinen Vorausberechnungen immer mehr angenähert. Auch die neueste Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom April 2015 bestätigt die von mir vorausberechnete Entwicklung. Aus diesen Daten ergibt sich für Millionen von Menschen eine drastische Verschlechterung ihrer Versorgung im Alter, bei gleichzeitig steigenden Beitrags- bzw. Steuerlasten für die nachwachsenden Generationen.

Können die Effekte einer alternden Gesellschaft denn nicht durch Zuwanderung kompensiert oder zumindest gemildert werden wie inzwischen oft behauptet?

Das Durchschnittsalter steigt in erster Linie wegen der schrumpfenden Zahl der nachwachsenden Jüngeren, nicht wegen der wachsenden Lebenserwartung. Es ist eine Illusion, die Alterung durch die Zuwanderung jüngerer Menschen stoppen zu wollen. Das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen ist ebenso wie die Wissenschaft in Deutschland zu dem Ergebnis gekommen, dass in der ersten Jahrhunderthälfte rund 190 Millionen jüngere Menschen mehr nach Deutschland zuwandern müssten als abwandern, wenn man dadurch den Anstieg des Durchschnittsalters auf-

halten wollte. Zurzeit wächst die Bevölkerung durch die hohen Zuwanderungen von mehr als einer Million jährlich. Soll aber die Schrumpfung auf Dauer durch Zuwanderungen verhindert werden, müssten die jährlichen Zuzugszahlen ständig steigen, denn die Geburtenrate der Zugewanderten ist ständig gesunken, heute ist sie mit 1,6 Kindern je Frau kaum höher als die der Nicht-Zugewanderten (1,4).

Geht die Politik mit dem Thema demografische Entwicklung zu zögerlich um oder fehlt es ihr gar an Konzepten?

Konzepte und Maßnahmen zur Gegensteuerung wurden von der Wissenschaft seit langem entwickelt. Das Problem ist, dass die meisten Politiker die dramatische demografische Entwicklung mit dem Gerede von den demografischen „Chancen“ vernebeln, statt die Bevölkerung aufzuklären und zu handeln. Früher wurden die demografischen Probleme von der Politik noch als Probleme benannt, aber dann hat der frühere Bundespräsident Horst Köhler behauptet, die demografischen Veränderungen seien gar keine Probleme, sondern vielmehr „Lösungen“ – für andere Probleme. Die Untätigkeit der Politik ist für mich ein großes Rätsel. Denn würde die Ungerechtigkeit gegenüber den Familien, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, beseitigt, wäre zugleich die entscheidende Voraussetzung für den Anstieg der Geburtenrate und die Lösung vieler wirtschaftlicher und sozialer Probleme erfüllt. ■



Elbe

**Seniorenwohnungen
„Bellevue“**
Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich.
Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

**Gratisprospekt:
Tel. (05862) 97550
www.peter-schneeberg.de**

Professor-Wohlmann-Straße

Der Norden wird initiativ



Willkommener Gast im Landesvorstand der Senioren-Union der CSU: Prof. Dr. Otto Wulff (Dritter von links).

Konrad Adenauer, der im Alter von 72 Jahren erstmals Bundeskanzler wurde, hätte trotz seiner Qualifikation niemals Oberbürgermeister von Kiel oder Landrat von Dithmarschen werden können. Denn: Das Kommunalwahlrecht von Schleswig-Holstein begrenzt die (politische) Arbeitsfähigkeit von Seniorinnen und Senioren auf 63 Jahre. Gleiches gilt für die unteren Jahrgänge. Um eine Karriere als politischer Wahlbeamter starten zu können, muss man im Hohen Norden mindestens 27 Jahre alt sein.

Da sind andere Bundesländer fortschrittlicher, Nordrhein-Westfalen beispielsweise verzichtet bereits seit längerer Zeit auf eine Barriere für Senioren und fährt gut damit. Vor diesem Hintergrund fordert die Senioren-Union Schleswig-Holstein jetzt eine totale Aufhebung der Altersbegrenzung im Kommunalwahlrecht des Landes. Sie begrüßt, dass auch die CDU-Landtagsfraktion eine solche Auffassung teilt. Eine Flickschusterei, wie sie offensichtlich von der Landesregierung mit 67 Jahren als neuer Obergrenze vorgesehen ist, lehnt die Senioren-Union im nördlichsten Bundesland ab. Denn auch diese wäre, so der SU-Landesvorsitzende Wolfgang Börnsen, wie die bisherige Regelung eine demonstrative Altersdiskriminierung.

Der SU geht es auch darum, jenen die Fähigkeit und Mündigkeit zuzugestehen, die politische Wahlbeamte zu wählen haben. Börnsen: „Wir fordern praktizierte Partizipation, weg mit den formalen Vorschriften des Gesetzgebers! Mehr Bürgervertrauen schafft eine größere Bereitschaft zur demokratischen Mitverantwortung. Ein Fehlgriff bei einer Kandidatin oder einem Kandidaten kann nie ausgeschlossen werden, aber allein das Alter als Maßstab zu nehmen ist mehr als verwegen.“ Dasselbe gelte auch für das Mindestalter, meint Börnsen. Warum sollten sich 18-jährige nicht bewerben dürfen? Im Kreis der Kandidaten müssten auch sie eine Chance erhalten. Für Abgeordnete des Landes wie des Bundestages gebe es keine Altersgrenze nach oben. Einen solchen Stopp auch nur zu denken würde manchem Altparlamentarier mit Recht die Zornesröte ins Gesicht treiben.

Die Senioren-Union in CDU und CSU:

Schulterschluss der Schwestern

Neufahrn bei Freising; Gast im Landesvorstand der Senioren-Union der CSU war Anfang März Prof. Dr. Otto Wulff, der Bundesvorsitzende der Senioren-Union in der CDU. Interessiert nahmen die Landesvorstandsmitglieder der bayerischen Schwester unter dem Vorsitz von Dr. Thomas Goppel, MdL, die der Schwesterpartei wichtigsten Themen zur Kenntnis. Rasch war man sich mit dem Gast aus Berlin einig, dass Deutschland mit dem modernsten Grundgesetz unserer Tage ein für alle verbindliches Konzept für Kultur besitzt, dessen „Verteidigung lohnt“. Mit dem Artikel 1, der dort festgeschriebenen „unantastbaren Würde des Menschen“, ist ein Leitbegriff für den Umgang der Bürger untereinander gesetzt, den auch alle Zuwanderer zwingend zu achten haben. Im pluralen und säkularen Staat gibt es den Wettstreit zwischen religiösen und staatlichen Grundsätzen nicht. „Gleiches Recht für alle, das müssen auch unsere Gäste akzeptieren; für sich und andere.“

Wulff: „Nur wer allen Menschen gleichermaßen Rechte und Pflichten zuweist und aberlangt, kann sich in Deutschland wirklich zu Hause fühlen.“ Mit den Senioren in der CSU stimmt Wulff überein. Goppel: „Auch gerufene Geister unterliegen dem Grundgesetz und seinen Anforderungen. Insoweit tun viele Muslime in Deutschland, sicherlich die ganz große Mehrheit, das Richtige, es gibt aber für „den Islam“ einigen Nachholbedarf, bevor er in Deutschland wirklich „angekommen sein wird“.

Einig waren sich die beiden Schwestern rasch, dass die Familie (Vater, Mutter und

Kinder) auch in der Zukunft Maßstabsetzer für alle staatliche Begleithilfe zu sein habe. Die Idealform der kleinen Förder Einheit im Staat darf nicht – weil ständig unerwähnt – aus dem Blick geraten. Wulff und Goppel plädierten in diesen Tagen „für eine nachhaltige Offensive“, um auch in der Zukunft gute Impulse für eine gesellschaftliche Entwicklung nicht nur in Europa setzen zu können.

Rudi Kraus, langjähriger vormaliger Staatssekretär im Haus Blüm, erinnerte an offene Ausgaben im Zusammenhang mit den Renten: „Wenn die Nachkriegsgeneration der Sparsamen inzwischen aus der Zahlungsverpflichtung in die Rentenkasse hinausgewachsen ist, die Langfristfinanzierung ohne ein festes Konzept den Wohlstandsverwöhnten unserer Tage überlassen bleibt, muss die heute noch offene Lastenverteilung definitiv geklärt sein.“ Bis jetzt sind mit der Mütterrente und den neuen Einzahlungszeiträumen nur Eckpunkte gesetzt.

Verabredet haben die Unionsschwestern im Seniorenrat für die Zukunft einen regelmäßigen Daten- und Themenabgleich. Sie wollen jeweils rechtzeitig aufmerksam machen, wenn unerwartet Einbrüche an der Leistungsfront drohen. Wulff: „Wir wissen, wie wichtig für den Wohlstand richtiges Wirtschaften davor ist.“ Eine der Möglichkeiten dazu halten Wulff und Goppel übereinstimmend dann für gegeben, wenn nicht nur den Youngstern in der Bundestagsfraktion oder in den Landtagsfraktionen der Union Gelegenheit gegeben und das Recht zugestanden wird, ihre jeweilige Sicht der Dinge aus der direkten Betroffenheit heraus zu artikulieren.

Doch nicht nur bei Wahlbeamten herrsche Altersdiskriminierung, so die SU Schleswig-Holstein. Auch bei Schöffen und in manchen Verbänden würden Männer und Frauen „allein wegen ihres Alters herausgekegelt“. Landesvorsitzender Börnsen dazu: „Ein Umdenken tut not, die Senioren nicht allein in das Ehrenamt als Spielwiese abzudrängen, sondern ihnen tatsächlich verantwortliche Mitwirkung in Gesellschaft und kommunaler Demokratie zu eröffnen.“ Deshalb plädiere auch die Senioren-Union Schleswig-Holstein für eine Änderung des §3 im Grundgesetz (vgl. dazu auch S. 24/25 dieser Ausgabe).

Kranzniederlegung:

Die Opfer mahnen zum Frieden ...

So lautet die Inschrift der Schleife zu einem Blumengebinde der Senioren-Union, das im Auftrag des Bundesvorsitzenden, Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther niederlegte. In seiner Begleitung Pfarrer i.R. Manfred Claubert von der Senioren-Union Dahme-Spreewald und Ulrich Winz, Ehrenvorsitzender der Senioren-Union Brandenburg.

In einem ökumenischen Gedenkgottesdienst an der größten Kriegsgräberstätte des Landes in Halbe gedachte man 70 Jahre nach der dortigen Kesselschlacht der Opfer. Neun Tage lang standen sich seinerzeit Rotarmisten und Angehörige der Wehrmacht im erbitterten Ringen gegenüber. 30 000 deutsche Soldaten starben, dazu geschätzte 10 000 deutsche Zivilisten sowie viele sowjetische Zwangsarbeiter. Die Verluste der Roten Armee betragen 20 000 Tote. Etwa 22 000 Kriegstote sind auf dem Waldfriedhof Halbe begraben.



SU-Kreisverband Gütersloh:

Tausender-Hürde genommen

Auf der Mitgliederversammlung der Senioren-Union im Kreis Gütersloh, im März, herrschte eitel Grund zur Freude. Der wiedergewählte Kreisvorsitzende Hans-Rudolf Benteler konnte verkünden, dass die Senioren-Union dort die Marke von 1000 Mitgliedern mit einem derzeitigen Stand von 1018 stabil überschritten habe. „Unser seit 28 Jahren existierender Kreisverband

verzeichnet seit acht Jahren ununterbrochen einen positiven Mitgliedersaldo.“ Dabei konnten die Stadt- und Gemeindeverbände durch ihr Engagement zum Teil beachtliche Steigerungen erzielen. So ist es der SU-Vorsitzenden Lis Fockenbrock im Stadtverband Versmold gelungen, die Mitgliederzahl innerhalb von fünf Jahren von 38 auf 104 Mitglieder zu verdreifachen.



Der geschäftsführende Vorstand mit Gästen (v.l.): SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff, die stellvertretenden Kreisvorsitzenden Lis Fockenbrock und Jürgen Kies, Schriftführer Dr. Siegfried Kosubeck, der stellvertretende Schriftführer Hans-Bernd Broeckelmann, Landtagsabgeordneter André Kuper und der SU-Kreisvorsitzende Hans-Rudolf Benteler.

Bremer Wahlkampf:

Bundesvorstand vor Ort

Die Sitzung des Bundesvorstandes der Senioren-Union in Bremen nutzten die Mitglieder des Vorstandes zu aktiver Beteiligung an der Werbung für die CDU und deren Bremer Spitzenkandidatin, der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Motschmann. Anlässlich mehrerer Veranstaltungen in der Hansestadt, die auf Initiative des stellv. Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten von der örtlichen Senioren-Union organisiert wurden, kamen vor einer interessierten Zuhörerschaft sowohl bremische als auch bundespolitische Themen zur Sprache. Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff, Elisabeth Motschmann und andere Bundesvorstandsmitglieder hatten viele Fragen zur anstehenden Wahl der Bremer Bürgerschaft zu beantworten. Die Themen reichten von der seniorengerechten Ausstattung der Wohnquartiere über die Bekämpfung der in Bre-

men besonders hohen Einbruchskriminalität bis hin zur Erläuterung der Wahlmodalitäten, bei denen die Bremer Wähler über fünf Stimmen verfügen. Nach dem durchweg positiven Echo auf die insgesamt 6 Veranstaltungen hofft der Bundesvorstand, ein wenig zu dem positiven Ergebnis der Bürgerschaftswahl beigetragen zu haben, und gratuliert der Bremer CDU und der Spitzenkandidatin Elisabeth Motschmann zu dem Erfolg, wieder zweitstärkste Partei im Stadtstaat geworden zu sein.





Wohin die „Friends for ESU“ steuern ...

„Souverän“ interviewte Heinz K. Becker, den Vizepräsidenten der Europäischen Senioren Union und Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB)

1. Herr Becker, kurz vor Weihnachten haben sich die „Friends for ESU“ konstituiert. Wie kam es dazu?

Schon in der vergangenen Parlamentsperiode war es mir als einzigem Europaabgeordneten einer Seniorenorganisation möglich, spezielle seniorenpolitische Initiativen zu ergreifen. Dabei erkannte ich rasch, dass es unter dem MEPs keine „Senioren-Lobby“ gibt, dass sogar oft den Senioreninteressen ein Gegenwind entgegenbläst. Ja, leider auch in unserer EVP. Zumeist liegt die Ursache dafür übrigens im Nichtwissen über die zeitgemäße und wertvolle Rolle der älteren Generationen für unsere gesamte Gesellschaft.

Es war dann die persönliche Initiative von ESU-Präsidentin Prof. An Hermans im vergangenen Herbst, für die ich mich seither gern engagiere – nämlich: Europaabgeordnete aller ESU-Mitgliedsländer im Kreise der „Friends of ESU“ zu sammeln, damit sie in Verbindung mit ihren jeweiligen Seniorenorganisationen in ihrem Heimatland das Bindeglied von und zum Europaparlament bilden und persönlich unsere Senioreninteressen politisch vertreten. Und da bislang nur wenige die Botschaft der ESU: „Looking at the future!“ verstehen, also das gezielte Generationenübergreifende der Senioren von heute in den Focus zu nehmen!

2. Welches Anliegen verfolgt diese Initiative?

Allem voran gilt es, die ESU-Programme in die Parlamentsarbeit zu integrieren. Das gilt sowohl für die Ausschüsse als auch für die Parlamentarische Intergruppe für Altersfragen und die Interessensgruppe für Pflegen-de. Die „Brüsseler Erklärung“ vom Kongress der ESU 2013 hat unsere Ziele klar formuliert: Wir wollen eine altersfreundliche Gesellschaft erreichen. Auch die jährlich in Wien stattfindenden Sommerakade-

mien für Führungskräfte tragen zur Bewusstseinsbildung bei und legen Zeugnis darüber ab, wie weit wir gemeinsam gekommen sind.

Ich persönlich setze mich des Weiteren dafür ein, dass sich die Sichtweise der Politik gegenüber den älteren Generationen in unserer Gesellschaft ändert. Sie dürfen nicht länger nur als Kostenfaktor im Pensions- und Gesundheitssystem betrachtet werden. Es geht vielmehr darum, das enorme Potenzial der unverzichtbaren Freiwilligenarbeit der Älteren zu beachten. Hohe Anerkennung verdienen der hohe Transfer von Geld und Leistung von Alt zu Jung und die hohe Kaufkraft der Seniorinnen und Senioren – und das ist umso bemerkenswerter, als viele Mitbürger mit niedrigen Renten auskommen müssen. Und schließlich muss sich jeder demokratische Staat bewusst sein, dass ohne die Wählerstimmen der Älteren kein Staat mehr zu machen ist!

Mit den „Friends for ESU“ wollen wir auch erreichen, dass überall der Prävention gegenüber Behandlung und Rehabilitation absoluter Vorrang eingeräumt wird. Es ist die Voraussetzung für „Aktives Altern“. Dazu ist es nötig, die Eigenverantwortung jedes Bürgers für seine gesündere Lebenshaltung zu stärken. Neben gesunder Ernährung, körperlicher Bewegung und geistiger Betätigung wird jedem älteren Bürger – je nach seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten – die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben empfohlen. Dazu sind freilich vor Ort die Voraussetzungen zu schaffen. Die älteren Bürger für aktives Handeln zu befähigen, dienen beispielsweise diverse Kurse, die der Österreichische Seniorenbund jedem Interessierten anbietet. Der ESU-Newsletter hat in seiner Ausgabe Nr. 113 vom 14. April davon berichtet. Nicht zuletzt setzen wir uns dafür ein, dass Ältere als Mentoren für heranwachsende Generationen zu Wort kommen.

3. Gibt es da und dort schon ein Ergebnis?

Wir befinden uns in der Gründungsphase und haben kürzlich das erste Arbeitstreffen abgehalten. Als erste Ergebnisse wurden bislang hier und da direkte Kontakte zwischen Europaabgeordneten und ihren ESU-Mitgliederorganisationen geknüpft, die erfolgversprechend sind.

Wir gehen nun daran, diese Kontakte zu stärken und weitere zu knüpfen, um auch auf diesem Wege eine Brücke von Europa-Informationen zu den älteren Menschen in allen EU-Ländern zu schlagen. Uns eint das Ziel, „Europa für die Bürger“ zu sein.

4. Wie setzen sich die „Friends of ESU“ im Europaparlament zusammen?

Bisher haben neun Abgeordnete aus acht Staaten ihre Mitarbeit erklärt. Es sind die Länder Belgien, Finnland, Italien (Südtirol), Niederlande, Österreich, Slowakei, Slowenien und Tschechien. Es ist also noch Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich rechne auch damit, dass einige meiner deutschen Kollegen bald dabei sein werden. Unter dem Patronat von ESU-Präsidentin An Hermans und mit Unterstützung durch Generalsekretär Guido Dumon findet jetzt verstärkt ein Informationsaustausch aller Beteiligten statt.

5. Welche Hoffnung setzen Sie aus Sicht des ÖSB auf die „Freunde für die ESU“?

Dass es gelingen möge, Unterstützung für die Übertragung des österreichischen Gesetzesmodells politischer Mitbestimmung in die EU zu erreichen, also die verpflichtende Einbeziehung eines Europäischen Seniorenrates und eines Europäischen Jugendrates auf der gleichen Ebene wie die Europäischen Sozialpartner von Arbeitnehmern und Dienstgebern. ■

Die Fragen stellte Ulrich Winz

Die Enkel schon lange nicht mehr gesehen? Dann lass' uns skypeen!

Videotelefonie verbindet Familien

Das moderne Berufsleben stellt in Sachen Flexibilität und Mobilität hohe Anforderungen. Interessante berufliche Perspektiven oder ein Auslandsstudium führen nicht selten dazu, dass sich Kinder oder Enkel für ein Leben weit entfernt von ihrer Heimat entscheiden. Dort gründen sie oft eine eigene Familie und gestalten ihren Alltag – den man als Eltern und Großeltern häufig nur aus der Ferne begleiten kann.

Dabei gibt es dank der modernen IT-Technik Möglichkeiten, den Lieben in der Ferne ganz nah zu sein. Per Videotelefonie z.B. über die kostenlose App Skype sprechen sie direkt mit Sohn oder Tochter oder bekommen von den Enkeln stolz das neue Lieblingsspielzeug präsentiert.

Skype ist einer der am weitesten verbreiteten Dienste für die moderne Kommunikati-

on über große Distanzen hinweg. Es steht synonym für kinderleichte Videotelefonie. Mit Kamera, Lautsprecher und Mikrofon des Tablets oder Computers wird eine Verbindung zum Gesprächspartner über das Internet hergestellt. Die Nutzer haben also die Möglichkeit, sich von Angesicht zu Angesicht zu unterhalten, und das auch noch kostenlos! So hört man nicht nur von seiner Familie, sondern kann ihnen direkt in die Augen blicken, mit ihnen Bilder teilen, stolz Zeugnisse präsentieren und Blessuren vom wilden Raufen begutachten.

Oftmals stellt sich jedoch die Frage, welches Gerät dafür am besten geeignet ist. Es sollte einfach zu bedienen sein und auch dann sicher funktionieren, wenn man nicht täglich einen technikinteressierten Enkel im Haus hat, dem man all seine Fragen stellen kann. Laut der aktuellen ARD/ZDF-Online-studie verwenden beinahe alle Internetnutzer einen Computer oder Laptop. Sicherlich ein Großteil dieser Nutzer weiß um die

Probleme, die häufige Aktualisierungen, unübersichtliche Bedienung und veraltete Geräte mit sich bringen können. Eine gute Alternative sind Tablets. Diese flachen Bildschirme sind viel leichter zu bedienen als traditionelle Computer. 13 Prozent aller Internetnutzer über 70 Jahren haben diese Technik bereits für sich entdeckt.

Das speziell auf die Bedürfnisse von Technik-Einsteigern optimierte asina Tablet bietet einen leichten und intuitiven Zugang zu E-Mail, Telefon, Videotelefonie und WhatsApp und wird deshalb auch von Senioren sehr geschätzt. Auf dem asina Tablet ist Skype bereits voreingerichtet. So dauert es nur wenige Minuten, bis der erste Anruf getätigt ist.

Wie lange haben Sie alte Freunde schon nicht mehr gesehen? Vielleicht sind auch sie schon über Videotelefonie erreichbar! Einen Versuch ist es wert, Sie werden staunen, wie einfach es ist. ■



**Unser Maßstab:
PFLEGEBERATUNG
ZU HAUSE**

Um Pflegebedürftige bestmöglich beraten zu können, müssen wir ihr Umfeld kennen. Deswegen besuchen wir sie in ihren eigenen vier Wänden. Sie müssen nirgendwohin, unsere Berater kommen zu ihnen. Damit setzen wir Maßstäbe. Und machen Pflege für alle besser.
www.pkv.de


Wir machen *Pflege* besser – für alle.

 **PKV**
Verband der Privaten
Krankenversicherung

Reisetermin:

**25.10. bis
29.10.2015**

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland[†] / Wien / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafensicherheitsgebühren und Kerosinzuschläge von zurzeit EUR 142,- bis EUR 162,- pro Person je nach Abflughafen (Stand 04/15)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 4 Übernachtungen im Austria Trend Hotel Ananas im Doppelzimmer
- Halbpension
- Ausflüge und Besichtigungen gemäß Reiseprogramm
- Eintrittsgelder zum Programm
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ **Flüge möglich ab/bis:**
Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart
(weitere Abflughäfen auf Anfrage)

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen

Reisepreise:

EUR **666,-**

pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung

Einzelzimmer-Zuschlag:
EUR 120,-

Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt zum Preis von EUR 25,- pro Person.

(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

*Die ideale Reise
für den „kleinen Urlaub“
zwischendurch!*

WIEN

Erleben Sie Geschichte, Kultur und Gegenwart der österreichischen Hauptstadt!



Wien gilt bis heute als Sinnbild österreichischen Kaisertums. Die prachtvollen Zeugnisse dieser glorreichen Epoche sind bis heute zu bestaunen. Allen voran natürlich Schloss Schönbrunn, wo Sie auf den Spuren von Kaiserin Sissi wandeln werden. Markantes Wahrzeichen Wiens ist der Stephansdom mit seinem farbig gemusterten Dach. Rundherum befinden sich zahlreiche Geschäfte, die zum Bummeln einladen.

Gönnen Sie sich danach eine Verschnaufpause in einem der urigen Wiener Kaffeehäuser – vielleicht genießen Sie dazu auf typisch österreichische Weise eine Tasse Melanche und ein Stückchen Sachertorte.



Beachten Sie bitte: Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige ihren gültigen Personalausweis oder Reisepass • Die Mindestteilnehmerzahl, die bis 8 Wochen vor Reisebeginn erreicht sein muss, beträgt 60 Personen • Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig; der Restbetrag 3 Wochen vor Abreise • Die Senioren-Union und Souverän treten nur als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH, einsehbar unter www.terramundi.de.



Flüge

Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



Programm

Stadtbesichtigung unter fachkundiger Leitung inklusive Eintrittsgelder



Übernachtungen

Im zentral gelegenen, guten Mittelklasse-Hotel inklusive Halbpension



Unser Vertragshotel:

Austria Trend Hotel Ananas****

Lage: Das Hotel liegt mitten in Wien, nahe dem Naschmarkt, und ist nur 800 Meter von der Ringstraße/Oper entfernt. Eine U-Bahn-Station mit direkter Anbindung ans Stadtzentrum und Schloss Schönbrunn befindet sich vor dem Hotel.

Zimmer: Die 532 klimatisierten Zimmer (380 Standard- und 150 Business plus Zimmer sowie 3 Suiten) sind klassisch modern eingerichtet und verfügen über Bad oder Dusche/WC, Föhn, Safe, Radio, Kabel-TV, Telefon, Minibar und WLAN.

Ausstattung: Lobby, Inter-Netterminal, gratis WLAN im öffentlichen Bereich, Restaurant, Biergarten, Café-Bar und 6 Tagungsräume.



Der Reiseverlauf:

Sonntag, 25.10.2015: Flug vom gewählten Flughafen in Deutschland nach Wien, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Gemeinsam fahren Sie zum Check-In ins Hotel Austria Trend Ananas. Der Rest des Tages steht Ihnen zur freien Verfügung und gibt Gelegenheit für erste Erkundungen „auf eigene Faust“. Abendessen und Übernachtung.

Montag, 26.10.2015: Heute steht eine halbtägige **Stadtrundfahrt** auf Ihrem Programm. Sie führt Sie zunächst zu den beeindruckenden Bauwerken entlang der vier Kilometer langen Ringstraße. Seit dem Jahr 1857 ersetzt sie die alten Befestigungsanlagen. Im Laufe der Zeit entstanden längs der Straße hunderte von repräsentativen Bauwerken – darunter die Staatsoper, das Kunsthistorische und Naturhistorische Museum, die Hofburg, ehemals kaiserliche Winterresidenz, das Parlament, das Rathaus, das Burgtheater, die Universität und die Votivkirche.

Im Anschluss besuchen Sie das beeindruckende **Schloss Schönbrunn**, ein Juwel barocker Baukunst. Bei einer Führung sehen Sie die Prunkräume der zwischen 1696 und 1749 erbauten ehemaligen kaiserlichen Sommerresidenz – darunter den Ballsaal und die Große Galerie. Auch der herrliche Schlossgarten ist sehenswert. Da viel Wert auf die originalgetreue Erhaltung gelegt wird, hat er sich seit der Zeit Maria Theresias kaum verändert. Das Ensemble aus weitläufigen Parkanlagen und dem Schloss sollten in ihrer Gesamtheit das Versailles Ludwig XIV. übertreffen.

Dienstag, 27.10.2015: Erleben Sie bei einem geführten Rundgang durch die Innenstadt einige herausragende Glanzlichter der Metropole. Im **Stephansdom**, dem Wahrzeichen Wiens, auch liebevoll „Steffl“ genannt, wird für Sie die mehr als tausendjährige Geschichte der österreichischen Hauptstadt spürbar. Einige der prachtvollen Kirchenfenster stammen noch aus dem Mittelalter. Sehenswert sind auch

der Hochaltar, das Grabmal Friederich III. und die zahlreichen kleinen Kapellen. Dann führt der Weg Sie zur **Hofburg**, dem offiziellen Wohnsitz von Kaiserin Elisabeth und Kaiser Franz Joseph. In der Hauptresidenz der Habsburger befinden sich die 22 Amts- und Wohnräume von Franz Joseph I. und seiner Gemahlin Sissi. Neben den Kaiserappartements sehen Sie das Sissi-Museum sowie die Silberkammer. Der Nachmittag steht Ihnen für eigene Entdeckungen in Wien zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung im Hotel.

Mittwoch, 28.10.2015: Dieser Tag steht Ihnen zur freien Verfügung. Besuchen Sie den ältesten Freizeitpark der Welt, den Prater, oder nutzen Sie die Zeit für einen ausgedehnten Einkaufsbummel. Wenn Sie möchten, können Sie aber auch an einem weiteren, optionalen Ausflug in die Umgebung von Wien teilnehmen: [Ihr Ausflug führt Sie in den südlichen **Wienerwald**. Sie fahren zunächst nach **Heiligenkreuz**, das für sein Zister-

zienserkloster bekannt ist, die wichtigste sakrale Stiftung der Babenberger. Weiter geht es durch das romantische Helenental bis zum alten **Jagdschloss Mayerling**, wo 1889 Kronprinz Rudolf, der einzige Sohn von Kaiser Franz Joseph und Kaiserin Elisabeth, zusammen mit der Baroness Vetsera tot aufgefunden wurde. Auf Befehl seines Vaters wurde das Schloss dann dem Karmeliterkonvent übereignet. In der nahe gelegenen romantischen Biedermeierstadt **Baden** haben Sie noch Zeit für einen kurzen Spaziergang.]

Donnerstag, 29.10.2015: Je nach Abflugzeit fahren Sie zum Flughafen von Wien und fliegen zurück zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise in Deutschland.

Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

TERRAMUNDI GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de



JA, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **WIEN** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift) Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon mit Vorwahl

E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)

Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise.

Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH (einsehbar unter www.terramundi.de) – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Ort, Datum, Unterschrift

Reiseziel: **WIEN**

Termine: **25.10. bis 29.10.2015**

Preise: EUR 666,- pro Person im Doppelzimmer*
Einzelzimmer-Zuschlag EUR 120,-

Gewünschte Flüge* ab/bis:

*nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:
DZ = Doppelzimmer* • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teilnehmer 1 DZ EZ RV

Teilnehmer 2 DZ EZ RV

(* bei Zweierbelegung)





Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns.

Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Zur Souverän 1-2015

Nicht nur bei der Redaktion, sondern auch beim Vorstand der Senioren-Union möchte ich mich ganz herzlich und hoch erfreut für das neueste Heft bedanken (auch wenn mancher Artikel den Leser sehr pessimistisch stimmen kann). Ich bewundere die Redaktion, wie sie auf engem Raum eine Fülle von wesentlichen Informationen darstellen kann, die man sonst nirgends findet. Hier ist der alte Spruch angebracht: Weiter so!

Horst Maess, per E-Mail

Bisher habe ich die Ausgaben des "Souverän" nur kurz durchgeblättert und oft ungelesen weggelegt, weil mich Berichte über drei Monate alte Parteitage nicht interessieren. Die Ausgabe 1/2015 war eine Ausnahme. Darin waren viele Artikel, die ich sehr interessant fand, z.B. die Ausführungen über den Islam, über bargeldlosen Zahlungsverkehr und die „Energiepolitik mit weniger Scheuklappen“. Leider kommen aber solche sachlichen Argumente gegen den Mainstream nicht an, denn dann müsste zugegeben werden, dass man sich geirrt und falsche Politik gemacht hat.

Eckhard Kunze, Bexbach, per E-Mail

Hut ab vor der Senioren-Union! Das Heft Nr. 1 enthält sehr interessante Artikel, die neue Wege aufzeigen und nicht nur um die eigene Befindlichkeit kreisen. Besonders nachdenkenswert sind die Stellungnahme von Dr. Norbert Bolz (S.18) und der Artikel von Reiner Klingholz zum Wohlergehen ohne Wachstum (auch wenn es sicher noch gewisse Spielräume für qualitatives

Wachstum gibt). Ich bin mit ihm völlig einig, dass wir zukünftig andere Wege zur Lebensqualität gehen müssen als Wachstum auf „Teufel komm raus“. Will die CDU dauerhaft politische Mehrheiten sichern, muss sie auf sinnvolle Veränderungen bauen: z.B. auf eine grundlegende Neujustierung der sozialen Marktwirtschaft. In Punkt 3 des Interviews wäre aber Widerspruch angezeigt: „Heute kommen 40 Prozent des Sozialbudgets Älteren zugute.“ Diese Argumentation wird den Fakten nicht gerecht und ist unfair, weil Ältere höhere Gesundheitskosten verursachen (zum Glück nicht die Kinder) und Renten und Rentenersatzleistungen (trotz Versicherung) das Sozialbudget mindestens teilweise belasten. Hier müsste man genauer hinschauen, bevor man bestimmte Altersgruppen an den Pranger stellt.

Eva Ludwig, per E-Mail

Lösung nach Schweizer Vorbild?

Zur Souverän 1-2015, S. 6/7/8

Mit dem völlig einseitigen Artikel, genannt Interview, bin ich nicht einverstanden. So zu tun, als wenn die Situation in erster Linie die Ukraine zu verantworten hat, ist entweder naiv oder berechnend, deutlich gesagt, der Inhalt des Artikels liegt – geschickt verpackt – auf der Linie der Propaganda aus Moskau. Was dort die Nationalisten, die ja offensichtlich immer mehr an Boden gewinnen, so von sich geben und auch die aktuelle Entwicklung in Russland ist schon sehr bedenklich. Leider ist die Welt nicht so, wie es der deutsche Michel in seinem bequemen Lehnstuhl sehen möchte, und das gilt nicht nur für Russland. Wenn wir in Deutschland nicht aufwachen, den Realitäten ins Auge sehen, uns darauf vorbereiten und auch aktiv werden, können wir noch ganz böse Überraschungen erleben. Sicherlich müssen wir Deutschen, die ja aufgrund des Wahnsinns der Hitler-Zeit für viel Unheil und heute noch andauernde Verwerfungen in Osteuropa mitschuldig sind, alles für Frieden und Verständigung tun, aber wir dürfen dabei nicht – aus was für Gründen auch immer – unsere freiheitlichen Grundwerte außer Acht lassen. Die Träume von den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland (Artikel von Herrn Mißfelder) sind schön, aber solange Russland eine Großmachtpolitik verfolgt und immer mehr eine Diktatur stalinistischer Prägung wird, auch sehr gefährlich, weil wir damit in Gefahr geraten, unsere Verbündeten und

unsere Ideale zu verraten und uns ganz in die Hände Russlands zu begeben. Was z.B. allein in Tschetschenien passiert ist und auch in Syrien (woran Russland eine Mitschuld hat), mit all den noch gar nicht absehbaren Folgen, sollte uns warnen.

Bernhard Spexard, per E-Mail

Es ehrt Souverän, eine gegenläufige Meinung zu veröffentlichen, z.B. die von Herrn Göhlert. Seine Argumente, dass seiner Ansicht nach keine regulären russischen Truppen in der Ostukraine kämpfen, weil sie vom Westen längst enttarnt worden wären, halte ich für nachvollziehbar, obwohl ich es mir eigentlich anders nicht vorstellen kann. Dünn ist hingegen seine Argumentation, was die Annexion der Krim durch Russland betrifft. Die Schenkung Chruschtschows mag ja aus verschiedenen Gründen zu kritisieren sein, sie ist aber Fakt. Zum aktuellen Konsens unserer Friedensordnung gehört, dass bestehende Grenzen nicht einseitig verändert werden dürfen. Ein praktischer Fall war die deutsche Wiedervereinigung. In den 4+2-Verträgen wurde diese mit Zustimmung und Einwilligung aller beteiligten Nationen getroffen und damit legitimiert. Putin, den mancher für einen lupenreinen Demokraten hält, hätte in Verhandlungen u.a. mit der Ukraine sein Vorhaben vorantreiben können und angesichts des großen russischen Bevölkerungsanteils dort auch gar nicht so schlechte Aussichten gehabt. Er hat sich aber leider als Anti-Demokrat erwiesen, als er die Ukraine als beteiligten Staat unberücksichtigt ließ und Fakten schaffte. So fehlt einwandfrei die Legitimation. Damit war es eine Annexion. ... Wenn sich die Ukraine für die Westintegration entscheidet und die äußere Sicherheit in der NATO sucht, hat dies jeder zu akzeptieren, auch der Nachbar Russland, auch Herr Putin.

Lothar Melchin, Bückeburg, per E-Mail

Ihren Beitrag im Magazin der Senioren-Union habe ich mit großem Interesse gelesen und ihn mehrfach weiterempfohlen. Haben Sie herzlichen Dank dafür, dass Sie dieses Interview der Senioren-Union der CDU gegeben haben; denn selbstverständlich ist Letzteres nicht, da sich ja auch diese meine Partei immer wieder dem Zeitgeist beugt und unkritisch mit dem Finger auf die für die Ukraine-Krise vermeintlich Hauptverantwortlichen zeigt.

Jürgen Schröder, Ex-MdEP, per E-Mail

Sie beschreiben die Situation zu 99% richtig. Ich möchte aber etwas präzisieren und erläutern: Auf dem Maidan einte die Menschen der Protest NICHT NUR gegen das korrupte Regime des ehemaligen Präsidenten Janukowytsch, SONDERN AUCH wegen der Absage seitens Janukowytsch-Regierung, das Abkommen über die EU-Assoziation zu unterschreiben. Um die Wahrheit zu sagen, ca. 2/3 der ukrainischen Bevölkerung waren für den Abschluss des Abkommens. Gegen den Abschluss protestierten nur südliche und östliche Regionen der Ukraine, weil die südöstlichen Unternehmer und Arbeiter der staatlichen Betriebe sich fürchteten, nach dem Abschluss die Handelsverbindungen mit Russland zu verlieren. Einige Leitsätze des Abkommens verringern viele kaufmännische Verbindungen mit russischen Unternehmen wegen der robusten EU-Normen.

Politisch „trübten das Wasser“ NICHT NUR dienationalistische Partei „Swoboda“ („Freiheit“) SONDERN AUCH die gutverzweigte radikal-nationalistische Organisation „Prawij Sektor“ („Rechter Sektor“), die als Anhänger von Bandera auch positionierte (umgangssprachlich: Banderowzi; Bandera-Anhänger; Banderlogi). Der Staatsstreich und das Massaker der Polizisten auf dem Maidan wurden von Kämpfern des „Prawij Sektors“ und von anderen bewaffneten Extremisten gemacht. Die Basis aller Freiwilligenbataillone besteht in der Regel aus Prawij-Sektor-Mitgliedern, die keine Taktik der Truppenverbände- und einheiten wissen und nur Plünderungen und Leichenfledderei im Felde machen.

Weniamin Golowko, Oberst i.G. d.R., Absolvent der FüAkBw, LGAI-2004, Odessa, per E-Mail

Klarstellung:

Ralph Göhlert hat in diesem Interview nicht für den Reservistenverband der Bundeswehr gesprochen, sondern ausschließlich seine persönliche Meinung wiedergegeben. Eventuell entstandene Irritationen bitten wir zu entschuldigen.

Terror im Namen der Religion Zur Souverän 1-2015, S. 12-15

Ich frage mich, was Ihre Redaktion veranlasst hat, diesen gemeingefährlichen Zeitgenossen zu Wort kommen zu lassen. Aiman Mazyek ist doch kein einziges Wort

zu glauben. ... Will denn hierzulande noch immer niemand kapieren, dass es sich beim Islam um einen der größten Feinde des Christentums und dazu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung handelt? Ich begrüße ausdrücklich die Feststellungen unseres Vorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff, wonach eine Religionsgemeinschaft nur dann als zu Deutschland gehörig betrachtet werden kann, wenn sie unsere Werte von Frieden, Freiheit und Toleranz teilt. ... Wer in diesen Tagen ohne traumtänzerische Beeinflussung durch Medien verfolgt, was sich in der islamischen Welt an Hass und Hetze gegen Christen abspielt, der kann die Beschwichtigungen der Politik nicht mehr hören. Dem Islam ist es doch zu „verdanken“, dass weltweit rund 100 Millionen Christen verfolgt, gedemütigt und – in letzter Konsequenz – ermordet werden. Einen wahren Islam gibt es nicht. Auch wenn hierzulande die aktiv militanten Muslime (noch) eine Minderheit sind, ist die passive Akzeptanz der Gewalt sehr hoch!

Hans E. Hielscher, Ober-Olm

Mit Ihrem Gespräch mit Herrn Mazyek haben Sie ausgerechnet dem größten Weichspüler des militanten Islam eine große Bühne gegeben. Herr Mazyek ist kaum zu einer selbstkritischen Haltung bereit – was ihm ja schon in einer Talkshow vom ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Wolfgang Huber, vorgehalten wurde. Die vielen Salafisten bei uns sind ja nicht vom Himmel gefallen, sondern in Koranschulen und Moschee-Vereinen zu Hause gewesen. In meinem Koran finde ich viele Aufforderungen, die Ungläubigen zu verfolgen. Allein die permanente Zweiteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige offenbart eine große Arroganz und verletzt mich in meinem Glauben als evangelischer Christ. Es reicht eben nicht, gegen die Gräueltaten der islamischen Terrorgruppen zu sein. Die Glaubwürdigkeit friedliebender Muslime in Deutschland hat auch etwa mit ihrer Haltung zu den tausend Peitschenhieben in Saudi-Arabien, mit den Christenverfolgungen bzw. Benachteiligungen in islamischen Ländern, mit Zwangsislamisierung ebendort und mit einer Reformausgabe des Koran zu tun. Herr Mazyek ist weit von jener Haltung entfernt, die Herr Toprakyaran vom hiesigen Zentrum für Islamische Theologie am 12.1.2015 so formuliert hat: „In der islamischen Welt ist es uns nicht gelungen, in den letzten 100 Jahren die notwendigen

Reformen zu machen. Ich finde daher den Hass auf den Islam nachvollziehbar.“

Hans Staiger, Tübingen

Das Interview mit Prof. Khorchide bedarf einiger Klarstellungen. Gleich auf Frage zwei werden Bibel und Koran – „unsere heiligen Bücher“ – auf eine Stufe gestellt. Damit werden die fundamentalen und die uns Menschen prägenden Unterschiede verschleiert. Christus ist unser Mittelpunkt – nicht die Bibel. Das Neue Testament ist Menschenwerk, ein Buch über die Offenbarung Christi. Es gibt eine historisch-kritische Bibelforschung. Wir eignen uns die Bibel reflektierend an, auslegend, erwägend, normalerweise in der Muttersprache. Im Islam ist es umgekehrt. Der Koran ist die Offenbarung, die nach muslimischer Auffassung arabisch offenbarte Rede Allahs, fehlerfrei und wortwörtlich durch Mohammed verlautbart. Der Text ist nicht diskutierbar. Er wird in Moscheen und Koranschulen rezitierend arabisch gelesen. Die Muslime gehen mit dem Koran in so großer Ehrfurcht um wie die Katholiken mit der konsekrierten Hostie. Der Koran ist Mittelpunkt des Islam – nicht Mohammed. Deshalb wollen die Muslime korrekterweise auch nicht „Mohammedaner“ genannt werden. Die Menschen nachhaltig prägend ist ein weiterer Unterschied. Die Trennung von Kaiser und Gott, von Herrschaft und Heil, die dualistische Grundstruktur der Offenbarung Jesu (Mt 22,21), die Trennung der „vorletzten“ von den „letzten“ Dingen prägt die Christenheit. Religion betrifft für uns nur die „letzten Dinge“. Ganz anderes der Koran! In ihm sind Religion und Staat eng miteinander verwoben. Die Religion ist Grundlage der politischen Ordnung. Im Koran und Hadith (den normierenden Äußerungen Mohammeds) werden alle Einzelheiten des täglichen Lebens – zusammengefasst in der Scharia – verbindlich geregelt. Der Islam ist Lieferant fertiger Verhaltensnormen. Für eine eigenverantwortliche Gestaltung bleibt dem Einzelnen wenig Raum. ... Es genügt nicht, wenn sich die hiesigen Repräsentanten des Islam von Gewaltverbrechen distanzieren. Die Lehren des Islam können nur dann mit den Normen unseres Grundgesetzes in Einklang gebracht werden, wenn wesentliche Partien des Korans und der Prophetenüberlieferung hierzulande öffentlich nicht mehr für gültig erklärt werden. Die eingewanderten Muslime haben eine Bringschuld.

Joachim Merz, 59929 Brilon

Braucht unsere Energiepolitik weniger **Scheuklappen?**

Die Uhr für die in den 1950er Jahren entwickelten Leicht- und Siedewasserreaktoren ist mit der Energiewende abgelaufen. Aber lohnt nicht ein Blick auf technische Weiterentwicklungen? Fortsetzung des Beitrages aus der Souverän 1-2015.

Kernkraftwerke sind sehr bescheiden. Heutige Druckwasserreaktoren „futtern“ gerade einmal 30 Tonnen Uran-Brennstoff pro Jahr. Zum Vergleich: Ein Kohlekraftwerk gleicher Leistung benötigt fast die millionenfache Masse an Braunkohle. Ein Faktum, das bei der Bewertung der Umweltfreundlichkeit durchaus eine Rolle spielen sollte. Tatsächlich ist die Menge sogar noch geringer, denn von den 30 Tonnen wird nur gut eine Tonne nuklear „verbrannt“ während der Rest ein Gemisch aus ungenutzten Aktiniden darstellt. Letztere sind nicht nur ungenutzt, sondern nun leider auch radioaktiv „aktiviert“ müssen somit als „Abfall“ angesehen werden und stellen das uns bekannte „geologische Endlagerproblem“ dar. Der Begriff „Abfall“ ist hier jedoch zu Unrecht gewählt, denn die unverbrannten Aktiniden enthalten die gleiche Energie wie das verbrannte Uran, allerdings ist die Nutzung in heutigen Reaktoren nicht wirtschaftlich möglich. Durch eine sog. „Wiederaufbereitung“ kann man dieses Gemisch teilweise auftrennen und neu anrühren. Im Idealfall trennt man dabei alles, was verbrannt ist (die Spaltprodukte) ab, und fügt die gleiche Menge an Uran wieder hinzu. Theoretisch könnte man diesen Prozess ad infinitum fortsetzen und somit tatsächlich erreichen, dass die gesamte Brennstoffmenge auf kurz oder lang genutzt wird. Für den heute üblichen PUREX-Pro-

zess zur Wiederaufbereitung lohnt sich jedoch nicht mal ein einziger Zyklus. In den 1970er Jahren wurde hier viel geforscht, und gerade Deutschland hatte die „MOX-Brennelemente“ entwickelt: Statt Uranoxiden befinden sich nach der Wiederaufbereitung nun „Mischoxide“ im Brennstoff, also eben jenes Gemisch, welches statt einer Tonne nun wenigstens die Nutzung von zwei der 30 Tonnen ermöglicht. Das Verfahren ist jedoch so aufwändig, dass es sich wirtschaftlich nicht etablieren konnte. Für den im Jahre 2010 beschlossenen Abbau des weltweiten Plutoniumarsenals ist es aber immer noch sinnvoll.

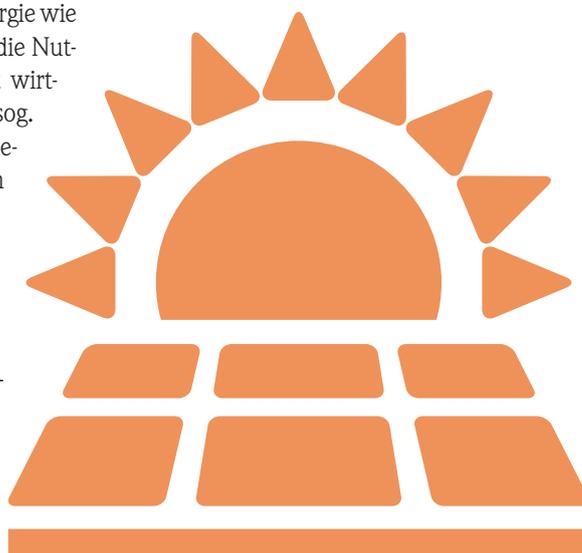
Der schlechte Abbrand, das „nukleare Abfallproblem“ und die Wiederaufbereitung sind also eng miteinander gekoppelt. Wie im ersten Teil bereits erwähnt, muss das, was tatsächlich verbrannt wurde, nur 300 Jahre gelagert werden. Bei einem vollständigen Abbrand würde es demnach ein geologisches Endlagerproblem gar nicht geben. Eine effektive Aufbereitung ist dafür die Voraussetzung, und diese ist mit Kernreaktoren, die feste Brennelemente einsetzen, wirtschaftlich nicht sinnvoll möglich. Überdies verbleiben wegen der benötigten Anreicherung noch größere Mengen ungenutzten („abgereicherten“) Urans, selbst bei idealer Aufbereitung. Schnelle Reaktoren

kommen ohne permanente Anreicherung aus, wie im ersten Teil erläutert. Ein gutes Kernkraftwerk sollte also einen schnellen Reaktor haben sowie keine festen Brennelemente einsetzen. Dieses Konzept gibt es, und es wurde auch bereits getestet.

Der Flüssigsalzreaktor

Salz kennt jeder, aber in flüssiger Form sieht man es eher selten. Kein Wunder, denn das übliche Kochsalz (Natriumchlorid, NaCl) schmilzt erst bei 800 °C, verhält sich dann aber in seiner „Zähigkeit“ fast wie Wasser und eignet sich recht gut für den Wärmetransport. Außerdem kann man das „Na“ im „NaCl“ auch durch andere Metalle ersetzen, z.B. durch Uran, und somit nicht nur Wärme heraus, sondern auch Spaltstoffe in einen Reaktor hineintransportieren. Dies ist die Idee des Flüssigsalzreaktors (Molten Salt Reactor, MSR). Durch die Doppelfunktion des Salzes ist die Konstruktion simpel, sicher und preiswert. 1965 ging ein solcher Testreaktor erstmals in Betrieb, zwar nur mit wenigen Megawatt, aber er lief jahrelang ohne Probleme. Der etwa mannshohe Zylinder aus Graphit (zum Moderieren) war dabei von Tausenden Kanälen durchbohrt, durch die mehrere Kubikmeter Flüssigsalz pro Minute gepumpt wurden. Dort wurde das Salz „kritisch“, sodass es Wärme produzierte, die es auch gleich selbst speichern und nach außen transportieren konnte. Ein einfaches wie geniales Prinzip, das ohne feste Brennelemente auskommt.

Statt eines komplexen Druckgefäßes mit jeder Menge mechanischer Teile zur Steuerung und zum Austausch von Brennelementen besteht der Flüssigsalzreaktor nur aus einem simplen Block Graphit mit Kanälen. In der neueren Variante des MSFR, wie er im Generation IV Forum diskutiert wird, fällt auch das Graphit noch weg, sodass nur noch



ein kleiner Behälter für Salz übrig bleibt. Der Flüssigsalzreaktor, insbesondere die vom Generation IV Forum bevorzugte schnelle Variante MSFR, stellt somit ein wirklich innovatives Konzept dar, das zu mehrfachen Kosteneinsparungen führt. Hier werden die o.g. Vorzüge eines schnellen Reaktors (kein geologisches Endlager, weniger Rohstoffe) mit dem Wegfall einer

Materialaufwand. Teure Materialien mit hoher Beständigkeit kommen deshalb nicht in Frage, was zur Folge hat, dass der MSFR nicht als Hochtemperaturreaktor betrieben werden kann und überdies teurer als vom Prinzip her eigentlich nötig ist. Preiswerter als die anderen Konzepte wie der natriumgekühlte SFR ist er aber allemal.

Diese Nachteile erfordern insbesondere in Hinsicht auf die Materialien und die Salze deshalb noch einige Forschungsarbeit. Es ist überraschend, dass in den letzten Jahren ein alternatives Konzept ausgerechnet in Deutschland entwickelt wurde. Der „Dual Fluid Reaktor“ umschiffet die Probleme des MSFR durch eine einfache, aber wirksame Änderung.

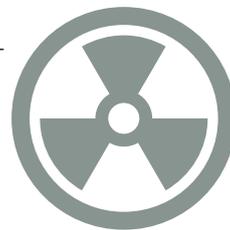
Der Dual Fluid Reaktor

Der Dual Fluid Reaktor (DFR)^[1] wurde 2011 von vier deutschen und einem kanadischen Wissenschaftler zum Patent angemeldet. Mittlerweile interessieren sich mehrere deutsche und ausländische Forschungseinrichtungen für das Projekt, zuvorderst die Technischen Universitäten von München und Dresden. Die kerntechnische Gesellschaft KTG unterstützt das Projekt und lädt regelmäßig zu Vorträgen ein.

Das Prinzip ist einfach. Statt wie beim MSR sowohl die Brennstoffzufuhr als auch die Wärmeabfuhr mit ein und derselben Flüssigkeit durchzuführen, werden diese Funktionen auf zwei Flüssigkeiten aufgeteilt. Der Problemknoten des MSR löst sich nun auf, denn eine künstliche Leistungsbeschränkung ist nicht mehr erforderlich. Der Reaktor kann dadurch erheblich kompakter gebaut werden, sodass der Preis für die Strukturmaterialien kaum noch eine Rolle spielt. Es können nun bewährte, wenn auch teure, hochbeständige Materialien eingesetzt werden, was eine hohe Betriebstemperatur ermöglicht. Auch die Salze vereinfachen sich, da man nicht mehr nach komplizierten Mischungen zur Verdünnung suchen muss. Ein Forschungsaufwand ist kaum noch notwendig, weder für die Materialien noch für die Salze. Hinzu kommt, dass gerade wegen der guten Materialien Betriebstemperaturen um 1000 °C möglich sind. Der DFR kombiniert somit die vorteilhaften Eigenschaften des MSFR mit denen des VHTR. Es werden inhärente Sicherheit und praktisch verschwindende nukleare Abfallmengen mit der Möglichkeit einer

Umstellung auf synthetische Kraftstoffe kombiniert. Gleichzeitig reduziert der DFR noch maßgebend deren Kosten.

Der DFR arbeitet so effektiv, dass er auch die Reststoffe heutiger Reaktoren rückstandsfrei verbrennen kann und somit die Suche nach einem nuklearen Endlager überflüssig machen würde. Die Erfinder erhalten zwar breite wissenschaftliche Anerkennung, jedoch keine staatliche Unterstützung und finanzieren die Entwicklung aus eigener Tasche, während lieber zig Milliarden Euro für die Suche nach dem „optimalen“ Endlager ausgegeben werden, das man garantiert nie finden wird.



Die Kernfusion

Alle bisher beschriebenen Reaktorkonzepte beruhen auf der Spaltung sehr schwerer Atomkerne. Energie kann aber auch durch Fusion, also durch die Verschmelzung sehr leichter Atomkerne, gewonnen werden. Dieses von der Kernspaltung völlig verschiedene Prinzip funktioniert im einfachsten Falle durch die Verschmelzung der Isotope des Wasserstoffs. Die theoretische Energieausbeute pro Fusionsvorgang ist sogar wesentlich höher als die für einen Spaltvorgang, eine Kettenreaktion ist dabei jedoch nicht möglich. Dies hat zur Folge, dass die Hürden bei der technischen Realisierung eines Fusionsreaktors fast unüberwindbar sind.

Obwohl man Prinzipien von Fusionsreaktoren bereits seit den 1960er Jahren erforscht und getestet, gibt es bis heute keine Fusionsmaschine, die mehr Energie produziert als in sie hineingesteckt wird, von mikroskopischen Laborversuchen einmal abgesehen. Der Fusionsreaktor ITER im französischen Cadarache, ein internationales Gemeinschaftsprojekt, ist bislang die größte Pilotanlage, mit der man eine positive Energiebilanz erreichen will. Aber selbst bei Erfolg bleibt die Wirtschaftlichkeitsfrage.

Im Gegensatz dazu laufen die in diesem Beitrag beschriebenen Brüter der Generation IV bereits und erfüllen mehr oder weniger alle Anforderungen an Sicherheit und geringstem Abfall. Zusammen mit ihrer gegenüber den heutigen Siedewasser-Reaktoren 100-mal besseren Brennstoffausnutzung und der für Brüter wirtschaftlichen Gewinnung von Uran aus Meerwasser haben modernste Spaltreaktoren einen technologisch-wirtschaftlichen Vorsprung er-

teuren Infrastruktur für den Kernbrennstoff kombiniert.

Eine sehr positive Eigenschaft der Flüssigsalzreaktoren ist die Möglichkeit einer „Schmelzsicherung“. Weil der Brennstoff flüssig ist, kann man ihn einfach in ein aktiv gekühltes Rohr eindringen lassen. Sollte er sich überhitzen oder sollte der Strom ausfallen, fließt der gesamte Brennstoff in sichere Behälter. Damit ist dieser Reaktortyp inhärent sicher! Ein einfaches und immer wirksames Feature, das die Konzepte mit festen Brennstoffen nicht bieten können. Beim Flüssigsalzreaktor gibt es aber auch Nachteile: Flüssige Salze können viel, aber nicht genug Wärme aufnehmen. Die Leistungsdichte muss deshalb künstlich beschränkt werden, was man durch Verdünnen des Salzes erreicht. Dies führt zu großen Strukturen und damit zu einem hohen

reicht, der von der Fusion kaum einzuholen ist. Diese Einschätzung bestätigt der US-Forschungshaushalt 2016, in welchem von allen Mittelempfängern nur die Fusionsforschung eine Abnahme (10,2% gegenüber 2015) hinnehmen musste.

Fazit

Infolge eines in Deutschland besonders erfolgreich betriebenen Aktivismus gegen die zivile Nutzung der Kernenergie sind die Bewertungsmaßstäbe in Sachen Kernkraft völlig aus dem Ruder gelaufen – im Gegensatz zur restlichen Welt. Dem Laien ist gar nicht bekannt, dass bereits die technisch veralteten Kernreaktoren der heutigen Bauart, gemessen an ihrer Opferzahl pro erzeugter Terawattstunde elektrischer Energie, die sicherste Form der Stromerzeugung überhaupt darstellen und dabei sogar noch Photovoltaik und Windräder weit überholen [2]. Von Dächern und Windrädern fallen mehr Monteure herunter und kommen dabei ums Leben, als es Tote infolge nuklearer Kernkraftwerksunglücke gab. Das „nukleare Abfallproblem“ ist mit den meisten Typen der „schnellen“ Reaktoren gelöst, weil der Abfall hier erst gar nicht entsteht. Man soll es zudem deutlich aussprechen, dass auch bei den heutigen ther-



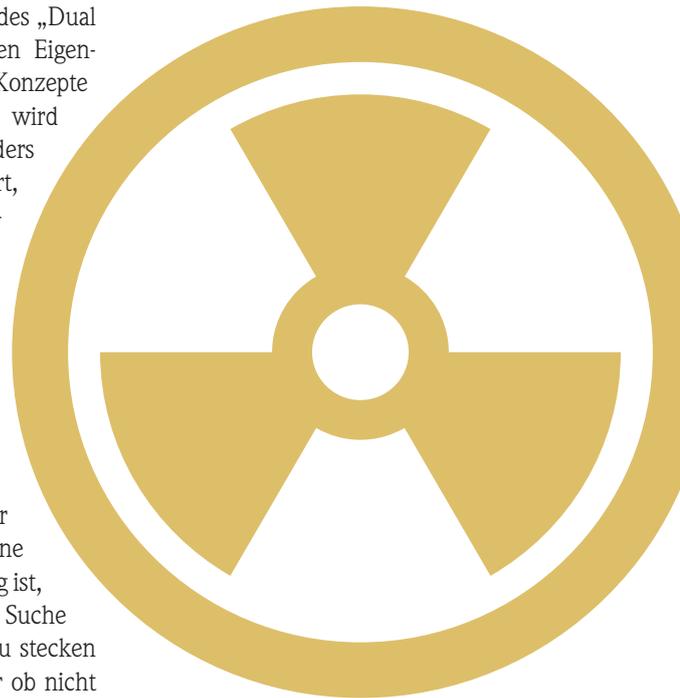
mischen Reaktoren das Abfallproblem „lösbar“ ist, wenn man es denn politisch will. Andere Reaktortypen wie der Flüssigsalzreaktor bieten zusätzlich eine völlig neue Klasse an Sicherheitsmechanismen, die passiv und inhärent sind. Sie würden eine Menge Kosten sparen,

können sich im Moment jedoch nicht gegen die übermächtige Konkurrenz heutiger Druckwasserreaktoren behaupten.

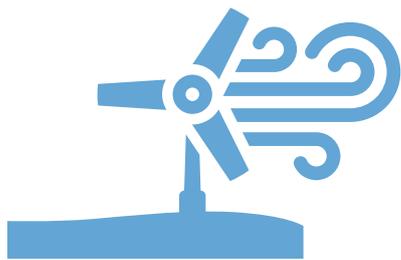
Im jüngst entwickelten Konzept des „Dual Fluid Reaktor“ sind die positiven Eigenschaften mehrerer Generation-IV-Konzepte kombiniert, das Gesamtsystem wird dadurch vereinfacht und besonders kostengünstig. Je mehr man spart, desto mehr Mittel stehen für Sicherheit und Abfallbehandlung zur Verfügung. Mehrere deutsche Forschungseinrichtungen interessieren sich für den DFR. Ist er in Deutschland förderungswürdig? Leider Fehlanzeige, denn sämtliche Forschungsprogramme für neue Nukleartechnik sind schon seit geraumer Zeit gestrichen. Es wäre daher eine Überlegung wert, ob es vernünftig ist, Milliarden in die jahrzehntelange Suche nach einem zweiten Gorleben zu stecken (mit ungewissem Ausgang), oder ob nicht besser die gleichen Gelder in eine Zukunftstechnologie investiert werden, die das Stromerzeugungs-, Sicherheits- und Abfallproblem wirklich löst.

Zuständig für die korrekte Darstellung der bisher vorgekommenen Todesopfer sowie von Spätfolgen durch Kernkraftwerkshavarien ist das United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation

(UNSCEAR) [3]. Die Kernkraftwerkshavarie in Tschernobyl forderte 47 Menschenleben, in Fukushima gar keines [4]. Infolgedessen ist die zivile Nutzung der Kernenergie gemessen an den Todesopfern pro erzeugter Menge elektrischen Stroms die mit Abstand ungefährlichste Kraftwerksform, sicherer als Solaranlagen oder Windräder (2). Über die Folgen schwacher radioaktiver Dosen auf den menschlichen Organismus, wie sie infolge der Kontaminierung weiter Gebiete um Tschernobyl und Fukushima vermutet wurden, gibt es keine belastbaren Zahlen. Der Grund: Die Dosiswerte liegen weit un-



ter denen einer natürlichen Umgebungsstrahlung, wie sie an vielen Stellen der Welt vorkommen, ohne dass dort irgendeine gesundheitliche Beeinträchtigung der Bevölkerung (erhöhte Krebsraten etc.) nachweisbar ist. So ist beispielsweise die radioaktive Strahlung der Monazitstrände in der brasilianischen Stadt Guarapari 17-mal höher als die in den am stärksten betroffenen Regionen von Fukushima. Im Gegensatz zu diesen Fakten finden sich bei Greenpeace absurde Behauptungen von Folgeopfern in Tschernobyl, die zu mehreren hunderttausend zählen sollen.



Die Autoren:

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke (li.), Jahrgang 1943, ist ein deutscher Physiker für Strömungsmechanik und emeritierter Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Er ist Autor von Sachbüchern und Pressesprecher des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE). **Dr. Götz Ruprecht** (re.) ist Kernphysiker und einer der führenden Köpfe bei der Entwicklung des Dual-Fluid-Reaktors.

¹ <http://dual-fluid-reaktor.de>

² A. Voß, Uni Stuttgart, „VDI-Frühlingstreffen, 14. Mai 2011, Neckarwestheim“, S.33. http://www2.iier.uni-stuttgart.de/publikationen/pb_pdf/Voss_Neckarwestheim_2011_05.pdf

³ <http://www.unscear.org>

⁴ <http://www.zeit.de/wissen/2011-04/tschernobyl-gesundheitsfolgen-bericht>



v.l.n.r.: Prof. Roman Herzog, Prof. Randolph Rodenstock, Prof. Otto Wulff, Johannes Gansmeier



9. RHI-Salonstreitgespräch:

Beuten die Alten die Jungen aus?

Legt die Demografie die Demokratie lahm? Beutet die Generation Rentner die Generation Y, sprich: die Alten die Jungen, aus? Zu dieser provokanten Fragestellung hatte am 13. Mai das Roman Herzog Institut im Rahmen seiner Reihe „Salonstreitgespräche“ drei Experten und einen ausgewählten Kreis von Gästen aus Wirtschaft und Wissenschaft ins Haus der Bayerischen Wirtschaft nach München eingeladen. Ein 22-jähriger Student der Politikwissenschaft legte vor: Anstatt in die Zukunft der nachfolgenden Generationen zu investieren, würde „die politische Agenda zu sehr von den Anliegen der älteren Generation bestimmt“, so Johannes Gansmeier mit seiner Sichtweise einer „systematischen Bevorzugung der Senioren“. Den pauschalen Vorwurf, dass die Alten auf Kosten der Jungen leben, wollte Prof. Dr. Otto Wulff,

Bundesvorsitzender der Senioren-Union, aber keinesfalls gelten lassen. Man könne die aktuelle „Sozial-Malaise“ nicht einseitig den Alten zur Last legen. Das Problem seien nicht die heutigen, sondern die künftigen Alten, nämlich die Generation der heute Erwerbstätigen, die weniger Kinder in die Welt setzten, so Wulff. Die heutigen Alten hätten ihre Generationenpflicht erfüllt, Beiträge gezahlt und Nachwuchs geschaffen. Grundsätzlich warnte er jedoch davor – ähnlich wie Mitdiskutant und Alt-Bundespräsident Professor Roman Herzog – die aktuellen Diskussionen um Generationengerechtigkeit und Renten „emotional aufzuladen oder gar Ängste zu schüren“. Herzog forderte, „aus den vielen Luftballons die heiße Luft herauszulassen“. Vor allem störe ihn, dass oft von Gerechtigkeit geredet werde, wenn in

Wirklichkeit Gleichheit gemeint sei. Professor Wulff vermisste mehr Mut zu Reformen bei den Deutschen und beklagte vor allem die mangelnde Akzeptanz einer strukturellen Rentenreform nach skandinavischem Vorbild. Dort kann das Renteneintrittsalter frei gewählt werden. Kann so das Ungleichgewicht zwischen den Generationen abgebaut, Leistungen und Lasten besser verteilt werden, fragte Gastgeber und Moderator Professor Randolph Rodenstock, der am Ende der interessanten Veranstaltung eine Fülle neuer Fragen aufgeworfen sah, denen sich wohl nicht nur das Roman Herzog Institut stellen muss. Weitere Infos: <http://www.romanherzoginstitut.de/veranstaltungen/2015/salonstreitgesprach-2015/>, http://www.romanherzoginstitut.de/service/video/prof-dr-otto-wulff/?no_cache=1

11. Deutscher Seniorentag in Frankfurt:

Senioren-Union mischt mit

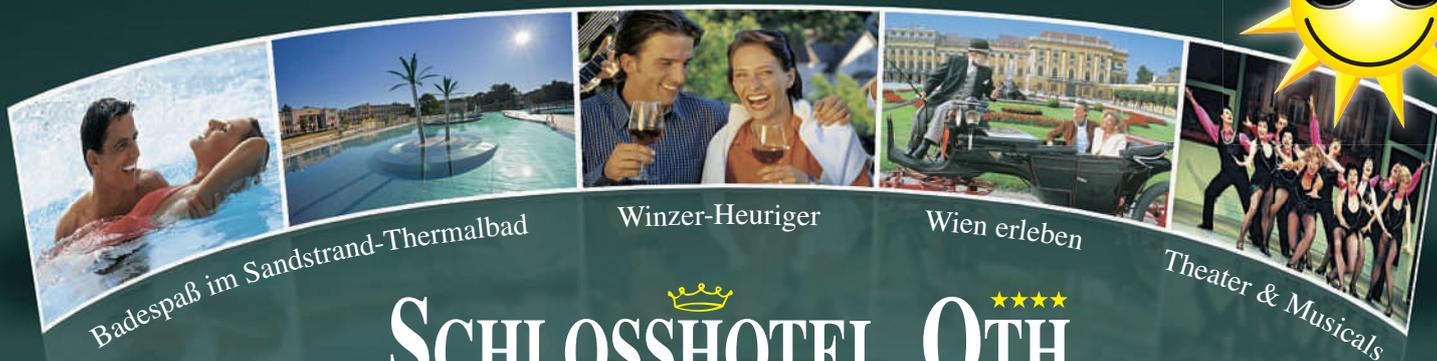
Beim 11. Deutschen Seniorentag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), der vom 2. bis 4. Juli 2015 im Congress Center Messe in Frankfurt am Main stattfindet, präsentiert sich die Senioren-Union als Mitgliedsverband der BAGSO mit einer eigenen Veranstaltung und einem Informationsstand. Der Seniorentag steht in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ und wird von Schirmherrin Bundeskanzlerin Angela Merkel am 2. Juli festlich eröffnet. Bei einer Veranstaltung am 4. Juli um 9.30 Uhr behandelt die Senioren-Union das Thema „Rehabilitation vor Pflege – ein Grundsatz im Pflegegesetz“ und bietet mit einem von hochkarätigen Experten besetzten Po-

diem – unter anderem mit Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Pflegebevollmächtigter der Bundesregierung – einen umfangreichen Überblick über die Situation von Reha und Pflege, über die gesetzlichen Regelungen und über Verbesserungsmöglichkeiten. Moderiert wird die Veranstaltung von der Vorsitzenden der BAGSO, Frau Bundesministerin a.D. Prof. Dr. Ursula Lehr. Neben dem Veranstaltungsangebot zu zahlreichen Senioren-Themen wird der 11. Deutsche Seniorentag von der Messe SenNova begleitet, die eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen für die Generation 50+ vorstellt und bei der die Senioren-Union mit einem eigenen Info-stand vertreten ist. Hier haben Sie die Ge-



legenheit, mit Funktionsträgern der Senioren-Union ins Gespräch zu kommen und Meinungen auszutauschen. Unter anderem werden die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Helga Hammer und Alfons Gerling, die Mitglieder des Bundesvorstandes Dr. Gerhard Schier, Friederike de Haas und Rainer Hajek sowie der hessische Landesvorsitzende, Landtagspräsident Norbert Kartmann MdL, und weitere Vorstandsmitglieder der Landesvereinigung Hessen und der Kreisvereinigung Frankfurt zeitweise als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Die Senioren-Union lädt alle interessierten Seniorinnen und Senioren herzlich zum 11. Deutschen Seniorentag ein. ■

WIEN erleben - im sonnigen BADEN wohnen!



Badespaß im Sandstrand-Thermalbad

Winzer-Heuriger

Wien erleben

Theater & Musicals

SCHLOSSHOTEL OTH ^{★★★★}

Wien erleben - in Baden wohnen

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad, prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus
A-2500 Baden bei Wien, Schlossgasse 23, Tel: 0043 / 2252 / 44 436, Fax 44 900



Freuen Sie sich doch auf SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN- Ihrem idealen Ausgangspunkt für Theater, Konzerte, für schöne Ausflüge zu den berühmten Sehenswürdigkeiten im Wienerwald, Mayerling, Gumpoldskirchen, zum Schloß Schönbrunn, mit dem Donauschiff durch die Wachau, ins Burgenland zum Neusiedler See, in die Alpen, nach Bratislava, Ungarn, Budapest, etc.

Ideal auch für Ihre besondere WIEN-REISE mit Freunden!

Zentral und ruhig im Badener Villenviertel gelegen, nächst einem der prächtigsten Rosenparks Europas mit über 30.000 Rosen und beim imposanten SANDSTRAND-THERMALBAD (täglich freier Eintritt für unsere Gäste!), sowie gemütlich zu Fuß zum Winzer-Heurigen.

Mit dem TAG- und NACHT-EXPRESS-BUS geht´s bequem direkt ab Hotel nach WIEN-Zentrum/Altstadt/Fußgängerzone/Staatsoper und zur Wiener U-Bahn.

SOUVERÄN - Sonderpreis:

Im Doppelzimmer + Balkon, etc, pro Person:

7 NÄCHTE

inkl. Frühstück
bis 11 Uhr

€398,-

Einzelzimmerzuschlag 100,-

**Gleich
Infos
anfordern!**

**Verlangen Sie doch unverbindlich unseren
Hotelprospekt und weitere günstige Angebote!**
Einfach anrufen unter **Tel: 0043 / 2252 / 44 436**
oder per E-Mail an: **hotel@oth.info**

